

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Beste Stellung des Bezirks

Bezugspreis: Für einen Monat 2.20 RM
mit Zuträgen; einzelne Nummern 15 Pf
: Gemeinde-Verbands-Kontos Nr. 3 :
Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 403
Postfachkonto Dresden 125 48

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts
und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreis: Die 42 Millimeter breite
Petitzelle 20 Reichspennige, Eingelant und
Reklamen 50 Reichspennige

Verantwortlicher Redakteur: Felix Schme. — Druck und Verlag: Carl Schme in Dippoldiswalde.

Nr. 235

Mittwoch, am 8. Oktober 1930

96 Jahrgang

Ruhholzversteigerung.

Staatsforstrevier Schmiedeberg.

Mittwoch, am 22. Oktober 1930, vormittags 9 Uhr, im Gasthaus „Zur Post“ in Schmiedeberg. 203 Stämme 10/14 cm = 29,55 fm und 14850 St. Abf. 7/44 cm = 651,80 fm. Schlagholz Abt. 110 und 116. Durchforstungs- und Einzelhölzer Abt. 2, 4-6, 10, 18, 19, 22, 24, 31, 32, 36, 42, 45, 46, 48, 57, 63, 67, 68, 75, 77, 84-87, 93-95, 101-103, 108, 110, 113, 114, 116, 118, 120-122. Die Stämme sind entrinde, die Abf. entrinde und gerückt bez. gerollt. Die durchschnittliche Entfernung von der nächsten Verladeestelle beträgt 2-6 km.

Forstamt Schmiedeberg (Bez. Dresden), Forstklasse Dresden.

Vertilches und Sächsisches.

Dippoldiswalde. Im Laufe des gestrigen Vormittags wurde einem bei einem hiesigen Fleischermeister beschäftigten Dienstmädchen ein Geldbetrag von 105 M. und außerdem ein braunes Geldtäschchen mit 3 M. gestohlen. Der Dieb ist in die verschlossene Kammer wahrscheinlich mit Nachschlüssel eingedrungen und hat das Geld aus der ebenfalls verschlossenen Kommode entnommen. Der Fall mag allen denen zur Warnung dienen, die solch große Beträge immer noch zu Hause aufbewahren. Das Geld gehört auf die Sparkasse, wo es dem Einleger Zinsen bringt, zum andern der Volkswirtschaft nutzt. Das Mädchen wird von dem gestohlenen Gelde kaum wieder etwas sehen, und alle Freude und Hoffnung auf eine größere Anschaffung ist dahin. Von der Sparkasse hätte es das Geld zu jeder Zeit wieder zurückerhalten.

Dippoldiswalde. Tagesordnung für die 13. Stadtverordnetenversammlung Freitag, den 10. Oktober 1930, abends 8 Uhr. Kenntnisnahme von der Abrechnung der Kraftwagenlinie Dresden—Oberhau—Marienberg. Desgleichen von der Abrechnung über die beiden Beheißhäuser. Desgleichen von der Besichtigung der Linde an der Vorperle. Desgleichen vom Ergebnis der Verhandlungen betreffs Fußwegenanlagen usw. an der Dresden—Mittenberger Staatsstraße. Straßenfluchtlinienplan für das Giecholtze Baugebiet. Vorlage, betr. Begleichung von Bürgerjubilaren. Entschädigung der Kriegsschädigten gegen die Notverordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 26. 7. 30. Oberflächenbehandlung einiger Durchgangstraßen. Beteiligung der Gemeindefinanzämter, Zuschläge zur Grund- und Gewerbesteuer betr. Einführung der Bürger- und Gemeindegetränksteuer.

Dippoldiswalde. Im Windischhaus fanden sich am Dienstag nachmittag die Gastwirte des Gastwirtsvereins „Weißeritztal“ ein, um über gefährliche steuerliche Angelegenheiten, die dem Gastwirtsstande abermals drohen, eingehend zu sprechen. Vorsitzender Oskar Taubert, Dippoldiswalde, begrüßte alle Erschienenen und drückte seine Freude über den guten Besuch aus. Besonders galt sein Gruß dem Bezirksvertreter Jahn, Glasbütte, dem Ehrenmitglied Hausbold, Dippoldiswalde, weiter dem passiven Mitglied Salzer, Dippoldiswalde, dem zum ersten Male anwesenden Kollegen Franke, Oberbärenburg, und den beiden Pressvertretern. Die Tagesordnung umfaßte diesmal nur vier Punkte. Man konnte aber sofort ersehen, daß die Durchberatung längere Zeit in Anspruch nehmen würde, da in einem Punkte die Biersteuer und Gemeindegetränksteuer behandelt werden sollte, die beide die Gastwirte entschieden ablehnen. Bekanntgegeben wurden zwei Dankschreiben. Weiter lag ein Schreiben vom Sächsischen Gastwirtsverband vor, in dem um Angabe von unliebsamen Vorkommnissen gebeten wurde, die das Gastwirtsstande nur schädigen. Kenntnis genommen wurde von einem Artikel im „Freiheitskampf“: „Nationalsozialistische Gastwirte vor die Front!“ Zu genanntem Artikel wurden verschiedene Erklärungen gegeben. Aufgenommen wurden die Kollegen Schild, Ripsdorf, und Karf Franke, Oberbärenburg. Den Hauptpunkt bildete, wie schon erwähnt, die Biersteuer und Gemeindegetränksteuer. In alle Gemeindevertreter ist eine Petition im Verein mit dem Saalhaberverband der Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde und dem Gastwirtsverein Oberes Müglitztal herausgegangen, da durch die neue Notverordnung die Städte und Gemeindeverbände die Ermächtigung haben, eine Biersteuer, eine Biersteuer und auch noch eine Getränkesteuer zu erheben. Die Biersteuer und Getränkesteuer sei eine ungerechtfertigte Belastung gerade der Bürger, die auf den Besuch der Gaststätten angewiesen seien. Das Gastwirtsstande werde von jeder dieser Steuern sehr belastet; es befände sich in schwerer Not. Gastwirtsstande und Saalbetriebe würden immer schlechter besucht. Die gährende Leere in den Gaststätten und Sälen ermöglichten auch dem Laien, das Rechenexempel durchzuführen, daß der Wirt nicht einmal auf seine Unkosten komme. Wenn die Notlage von Reich,

Keine Landtagsauflösung.

Dresden. In der Dienstagssitzung des Landtags wurde der nationalsozialistische und der kommunistische Antrag auf Auflösung des Landtages behandelt. Nach mehr als zweistündiger Aussprache kam es zur Abstimmung. Für den Antrag stimmten die 13 Kommunisten, 13 Nationalsozialisten — der Abg. Kunz war von der Sitzung ausgeschlossen worden — und die 4 Deutschnationalen. Die 10 Wirtschaftsparteiler enthielten sich der Stimme. Die übrigen 55 Abgeordneten sprachen sich gegen die Auflösung aus. Die Anträge sind damit abgelehnt.

Ergebnislose Wahl des Ministerpräsidenten

Nach zweistündiger Aussprache über die Wahl des Ministerpräsidenten wurde in die Abstimmung eingetreten. Es wurden insgesamt 96 Stimmen abgegeben. Für den von den Deutschnationalen vorgeschlagenen Wirtschaftsminister Dr. Krug von Nidda wurden 46 Stimmen aller bürgerlichen Parteien, einschließlich der Nationalsozialisten, jedoch mit Ausnahme der Demokraten und Volksnationalen, abgegeben. Auf den Reichstagsabgeordneten Lipinski entfielen 32 Stimmen der Sozialdemokraten, auf den Landtagsabgeordneten Renner 13 Stimmen der Kommunisten, auf den Minister des Innern Richter, 5 Stimmen der Demokraten und Volksnationalen. Da niemand die absolute Mehrheit von 49 Stimmen erreicht hat, ist die Wahl ergebnislos geblieben.

In der vor der Landtagsitzung abgehaltenen interfraktionellen Besprechung wurde endgültig festgelegt, daß alle beteiligten Fraktionen, bis auf die Demokraten und die Volksnationalen, mit der Wahl Dr. Krug von Nidda zum Ministerpräsidenten einverstanden seien. Ferner wurde festgestellt, daß die Zustimmung aller Fraktionen vorliegt, das Ministerium des Innern den Nationalsozialisten zu übertragen. In der Aussprache hierüber ergaben die Verhandlungen Uebereinstimmung der Anschauungen in der Richtung, daß die Polizei, die dem Ministerium des Innern untersteht, unter allen Umständen als ein überparteiliches Instrument der Staatsordnung erhalten bleiben müsse. Ferner wurde als selbstverständlich angesehen, daß man vor allem die bewährten Kräfte in der Zentralverwaltung beibehalte. Ebenso einmütig waren die Ansichten darüber, daß der Innenminister für die Wehrdienstverpflichtung zur Tragung der Lasten aus der Wehrdienstverpflichtung die nötige Unterstützung sichere.

Der Sitzungsbericht

Der Landtag zeigte am Dienstag das Bild eines großen Tages. Sämtliche Abgeordnete waren zur Stelle und die Tribünen überfüllt. Die sonst üblichen Auseinandersetzungen über die Geschäftsordnung fehlten heute ebenfalls, so daß sofort nach der Eröffnung der Sitzung Landtagspräsident Weckel dem sozialdemokratischen Abgeordneten Edel das Wort erteilen konnte, der in seinen Ausführungen zur Wahl des Ministerpräsidenten die Nationalsozialisten scharf angriff und sie als Büttel im Kampf gegen die Arbeiterklasse bezeichnete, wofür ihnen die Kommunisten Zutriebdienste leisteten. Der Redner ging dabei auf die vor kurzem erlassene amtliche Mitteilung ein, in der festgestellt worden war, daß in einzelnen Fällen von den Steuerbehörden stillschweigende Stundungen von Steuern vorgenommen worden seien, und daß Mietzinssteuern, die der Hauseigentümer eingemommen hatte, von ihm nicht an die Steuerbehörde abgeführt worden waren. Der Redner erblickt darin eine Korruption, für die er den früheren wirtschaftspartei-

lichen Finanzminister Dr. Weber verantwortlich machte und kündigte die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses an, der die Finanzgebarung und die Steuereinzahlung des früheren Finanzministers Dr. Webers prüfen solle, ebenso die Verbindungen, die zwischen dem wirtschaftsparteilichen Abgeordneten Schmann und dem tschechoslowakischen Braunkohlenindustriellen Petschek beständen. Als der Redner den nationalsozialistischen Abgeordneten Straßer als Hochverräter bezeichnet, erhielt er einen Ordnungsruf. Edel forderte für die SPD die Stellung des Ministerpräsidenten und kündigte außerparlamentarische Maßnahmen an, falls die Entscheidung wiederum nicht herbeigeführt werden könne.

Namens der bürgerlichen Parteien, die an den jetzigen Regierungsbildungsverhandlungen, von den Nationalsozialisten bis zur Deutschen Volkspartei, beteiligt waren, erklärte Abg. Kaiser (Wirtschp.), daß von ihnen der ehemalige Staatsminister Dr. Krug von Nidda als Ministerpräsident vorgeschlagen werde. Außerdem forderte er beschleunigte Behandlung des sozialdemokratischen Antrages in bezug auf den früheren Finanzminister Dr. Weber.

Nachdem der kommunistische Abg. Sintermann sich in längeren Ausführungen gegen Sozialdemokraten und Nationalsozialisten gewandt hatte, lehnte Abg. Dehne (Dem.) die Kandidatur Dr. Krug von Nidda ab. Seine Fraktion würde dem jetzigen Innenminister Richter die Stimme geben. Gegenüber den Nationalsozialisten würden die Demokraten ihre Stellung bis zum Letzten verteidigen und die Auflösungsanträge ablehnen. Es käme nur ein Kabinett aus Fachleuten in Frage. — Auch der volkshonorable Abg. Vasse sprach sich in diesem Sinne aus.

Nach der verschiedentlich erregten Aussprache schritt das Haus zur Abstimmung, die das oben mitgeteilte Ergebnis, die wieder erfolglose Ministerpräsidentenwahl, ergab.

Dann ging man zur Aussprache über die von den Nationalsozialisten und Kommunisten eingebrachten Auflösungsanträge über. Abg. Dr. Frisch (Natsoz.) wandte sich hauptsächlich gegen die Sozialdemokraten und gegen die Volksnationalen, denen anscheinend die Sozialdemokratie lieber sei, als der Nationalsozialismus. Auf einen Zwischenruf des volkshonorable Abg. Vasse: „Weil sie ehrlicher sind“ antwortet der Nationalsozialist Kunz: „Sie unverschämter Bengel“, wofür er vom Präsidenten von der Sitzung ausgeschlossen wird. Dr. Frisch schloß, daß die NSDAP Neuwahlen nicht zu fürchten brauche.

Auch der kommunistische Redner wandte sich wiederum gegen die Sozialdemokraten. Der Präsident ist infolge der dauernden Zwischenrufe gezwungen, mehrere Ordnungsrufe zu erteilen.

Abg. Dr. Wilhelm (Wirtschp.) bedauert, daß das Volk wiederum ein solches Schauspiel geboten würde, und erklärt, daß seine Fraktion vorläufig noch nicht für die Auflösungsanträge stimmen werde in der Hoffnung, daß sich doch noch die Bildung einer Regierung des gesunden Menschenverstandes möglich sein werde. Mehrfache Ausführungen machte der volksparteiliche Abg. Hardt, während Abg. Sievert (Dm.) die Auflösung forderte.

Nachdem noch ein Kommunist und ein Nationalsozialist gesprochen hatten, erklärte der frühere Finanzminister Dr. Weber, daß er in bezug auf seine frühere Amtsführung nichts zu verschleiern habe, wogegen Abg. Edel (Soz.) betonte, daß er bei seinem Vorwurf bleiben müsse.

Nach der Abstimmung, die die Ablehnung der Auflösungsanträge brachte, wurde die nächste Sitzung auf Donnerstag, den 9. Oktober, festgesetzt. Auf der Tagesordnung dieser Sitzung stehen die Notverordnungen und der sozialdemokratische Antrag, der Auskunft über die Amtsführung des früheren Finanzministers Dr. Weber verlangt. — Die Donnerstagssitzung wird wahrscheinlich die letzte der Sommer-session sein und darauf eine vierwöchige Pause folgen.

Ländern und Gemeinden neue Einnahmen erfordert, dann müßten die Einnahmen durch allgemeine Steuern aufgebracht werden und nicht durch eine Sonderbesteuerung eines überaus wichtigen Gewerbezweiges, der bereits über die Grenze seiner Leistungsfähigkeit belastet sei. Es dürfte auch nicht zu der jeder volkswirtschaftlichen Ueberlegung hohnsprechenden und die Gaststättenbetriebe völlig ruinierenden Schanksteuer kommen. Eine solche Behandlung könne sich das Gast- und Schankwirtsstande nicht gefallen lassen. Es würde stärkster Protest dagegen erhoben werden. Der Bierpreis hätte sich pro Hektoliter seit 1. 10. wieder um 2,70 M. erhöht. In einem Schreiben des Stadtrats wurde angefragt, was außer Bier für Getränke abgeführt würden, um daraus den Pauschalatz zu errechnen. Von seiten der Gastwirte wurde für das Durchschreibeverfahren eingetreten, das Pauschalverfahren soll abschlägig beschieden werden. Verschiedene Gemeinden würden die Gemeindegetränksteuer nicht einführen. In Nassau hat vor kurzer Zeit unter Vorsitz von Kollegen Jahn der Konzeptionsausschuß getagt. Für den hie-

figen Bezirk hätten zwei Abschriften von Konzeptionsgesuchen vorgelegen, um deren Ablehnung an maßgebender Stelle gebeten wurde. Die Beiträge zur Verbandskrankenkasse sind von 4% auf 6 Proz. gestiegen. Vor Beginn einer nicht öffentlichen Versammlung wurden noch die nächsten Versammlungsorte bekanntgegeben. Die Novemberversammlung findet im „Roten Hirsch“, die Dezember-Versammlung im „Freiberger Hof“ statt.

Wetter für morgen:

Noch heute, die östlichen Gebietsteile vielleicht ausgenommen, Erlebung und Regen. In den nächsten Tagen wechselhaftes und zum Teil auch anhaltendes Herbstwetter. Eintrübung mit Regen wechselnd mit sonnigem Aufklaren. Luftbewegung allgemein ziemlich lebhaft, in den freien Tagen vorübergehend selbst stürmisch, aus westlichen Richtungen. Im Flachland, besonders wenn Aufklaren auf die Tagesstunden fällt, zunächst verhältnismäßig mild.

Spaltung der Staatspartei

Mahraun mit Jungdo ausgeschieden — Koch-Wefer zurückgetreten

Berlin, 7. Oktober.

Die Sitzung des Aktionsausschusses der Deutschen Staatspartei endete damit, daß Arthur Mahraun und seine Gruppe aus der Deutschen Staatspartei ausgeschieden sind. Ueber die Frage, in welcher Form die Fraktion beieinander gehalten werden kann, wird noch verhandelt werden. Als Grund des Ausscheidens werden weltanschauliche Gegensätze angegeben.

Reichsminister a. D. Koch-Wefer hat den Vorsitz der Demokratischen Partei niedergelegt. Die Geschäfte werden von dem Stellvertreter Dost Meyer, weitergeführt.

Die Verhandlungen des Aktionsausschusses, die bereits am Dienstag vormittag begannen, zogen sich lange hin. Gegen Mittag waren die Verhandlungen unterbrochen worden, um beiden Gruppen Gelegenheit zu gesonderten Besprechungen zu geben.

In den Erörterungen sollen die Jungdeutschen u. a. gefordert haben, daß der preussische Finanzminister Dr. Hoyer-Hans und der Staatssekretär a. D. Meyer aus dem Vorstande der Staatspartei austreten sollten. Sie sollen das damit begründet haben, daß das Verbleiben dieser Persönlichkeiten im Vorstand nicht mit dem übereinstimme, was die Jungdeutschen unter dem Begriff Volksgemeinschaft verstanden. Diese und andere jungdeutsche Forderungen sollen die Demokraten nicht an.

Die Sitzung des Hauptaktionsausschusses endete, ohne daß über die zukünftige Gestaltung der Reichstagsfraktion der Staatspartei Beschluß gefaßt worden wäre. Die Entscheidung hierüber bleibt der Fraktion selbst vorbehalten, die am Montag im Reichstag eine Sitzung abhält.

Ueber die Sitzung wurde folgendes gemeinsames Communiqué ausgegeben: „In der Sitzung des Hauptaktionsausschusses der Deutschen Staatspartei am Dienstag wurde der Antrag, angesichts der hervorgetretenen Schwierigkeiten der Zusammenarbeit die verschiedenen politischen Gruppen in ihrer organisatorischen Selbständigkeit zunächst innerhalb der Deutschen Staatspartei unberührt zu lassen, abgelehnt. Des Weiteren wurde der Antrag, die Führung der Partei durch Ausschaltung bestimmter Personen zu ändern, abgelehnt. Hiernach erklärten Arthur Mahraun und die Mitglieder der Volkstionalen Reichsvereinigung im Hauptaktionsausschuss ihren Austritt aus der Deutschen Staatspartei mit der Begründung, daß weltanschauliche Gegensätze ihnen das weitere Verbleiben in der Deutschen Staatspartei unmöglich machten.“

Es hat sich gezeigt, daß eine Ueberbrückung der Gegensätze nicht möglich ist, da die Demokraten namentlich aus einem Rundschreiben Mahrauns den Eindruck gewonnen haben, daß die volksnationale Gruppe ihre Selbständigkeit unter allen Umständen beibehalten will. Daraus hat die demokratische Gruppe in ihrer Stellungnahme die Konsequenzen gezogen. Die weiteren Beratungen der Frage, in welcher Form sich eine gemeinsame Arbeit der 14 demokratischen und der sechs volksnationalen Reichstagsabgeordneten erwidern läßt. In Kreisen des Aktionsausschusses rechnet man damit, daß sich eine Arbeitsgemeinschaft herstellen läßt, die dann wahrscheinlich den Namen der Deutschen Staatspartei weiterführen würde.

Sitzung des Reichskabinetts

Berlin, 8. Oktober.

In der gestrigen Sitzung des Reichskabinetts fand die Aussprache über die Genfer Völkerbundstagung, sowie über die im Reichstag einzunehmende Stellung in außenpolitischen Fragen statt. Das Reichskabinett stimmt einmütig den Ausführungen des Reichsaussenministers zu.

Die deutsche Kartoffelernte 1930

4,3 Millionen Tonnen Mehrertrag

Berlin, 8. Oktober.

Nach den im Statistischen Reichsanstalt zusammengestellten vorläufigen Schätzungen der Ernteberechnung wird die diesjährige Ernte an Spätkartoffeln im Deutschen Reich auf rund 42 Millionen Tonnen veranschlagt, das ist um 4,8 Millionen Tonnen, das sind 13 Prozent, mehr als im Vorjahr. Einschließlich Frühkartoffeln stellt sich die neue Kartoffelernte auf insgesamt 44,3 Millionen Tonnen gegen rund 40 Millionen Tonnen im Vorjahr. Die neue Kartoffelernte ist die größte der Nachkriegszeit; sie übertrifft die guten Kartoffelernten von 1928 (um 3 Millionen Tonnen) und von 1925 (um 2,6 Millionen Tonnen) und steht mengenmäßig ungefähr auf der gleichen Höhe wie die außergewöhnlich große Kartoffelernte des Jahres 1913, die im jetzigen Reichsgebiet 44 Millionen Tonnen erbrachte. Die hohe Ernte der neuen Kartoffelernte ist vornehmlich dem warmen und niederschlagsreichen Wetter zu verdanken, das in der Haupterntezeit sowohl den Anbau als auch das Wachstum der Knollen außerordentlich gefördert hat.

Opfer des Friedensbittats

Vertreibung der deutschgefinnten Cupener

Nachen, 8. Oktober.

In jüngster Zeit wiederholen sich in Nachen, dem durch den Versailles Vertrag an Belgien abgetretenen Kreisen Cupen Ausweisungen von Personen, die nach dem Gesetz vom 4. August 1926 auf die belgische Staatsangehörigkeit verzichtet haben und dadurch staatenlos geworden sind. Da die Ausgewiesenen in der Regel den Befehl nicht befolgten, wurden sie zwangsweise über die deutsche Grenze in den Regierungsbezirk Nachen abgehoben.

Die Regierung in Nachen hat bereits das Auswärtige Amt um Vorstellungen bei den belgischen Behörden gebeten. Neuerdings wird ein Fall bekannt, in dem ein Abgehobener aus Nachen in sein Elternhaus zurückkehrte und von Neuem verhaftet wurde. Er wurde diesmal nach Bütlich gebracht und wird voraussichtlich von dort aus zum zweiten Male abgehoben werden. In einem anderen Falle hatte ein Abgehobener Beschwerde beim belgischen Justizminister erhoben, der die Ausweisung als einen Irrtum erklärte und sie aufhob. Die Ausweisungen treffen unter anderen auch Personen, die dauernde Aufenthaltsbewilligung in ihrer Heimat in Neu-Belgien besaßen.

Ludendorffs Kriegsprophezeiungen

für das Jahr 1932.

Paris, 8. Oktober.

Die „Liberé“ veröffentlicht angebliche Prophezeiungen Ludendorffs, die sich mit der Frage eines kommenden Krieges befassen. Danach sagt Ludendorff einen neuen europäischen Krieg für 1932 voraus, in welchem Frankreich, Polen, die Tschechoslowakei, Rumänien und Jugoslawien auf der einen, Italien, Österreich und Ungarn mit Anlehnung an Deutschland und England auf der anderen Seite stehen würden. Auch Rußland werde angeblich auf Seiten der Mittelstaaten zu finden sein. Nach Ludendorffs angeblicher Voraussage werde aus diesem Ringen die französische Mächtegruppierung als Sieger hervorgehen, was zur Folge haben werde, daß Deutschland gezwungen würde, weite zur Sicherung seines Landes bestehende Zonen zu räumen. Eine weitere Folge aber würde das starke Vorwärtstreiben einer kommunistischen Welle über Deutschland hinweg bis nach Frankreich hinein sein. In Frankreich werde sie nach einiger Zeit wieder niedergeschlagen werden können; das bedeutete das Ergebnis dieses Krieges aber würde nach Ludendorff doch der Vormarsch des Bolschewismus nach Westen sein.

Unter Billuditis Herrschaft

Wieder ein oppositioneller Bauernführer verhaftet.

Warschau, 8. Oktober.

Dr. Wrona, einer der bis zuletzt noch in Freiheit gebliebenen Führer der Bauernpartei (Stronnictwo Chlopskie) wurde verhaftet, nachdem er vor einigen Tagen erklärt hatte, daß er entschieden für das Verbleiben seiner Partei in der Opposition zum Regierungslager sei. Die Spaltung der Bauernpartei soll, so berichtet die Regierungspresse, vollzogen sein und auf einer Parteiverammlung seien der Fraktionsvorsitzende demobilisiert worden und eine Reihe anderer namhafter Mitglieder aus der Partei ausgeschlossen worden.

Hierzu erklärt der Vorstand der Partei im Gesamtbestande, daß die Einberufung der Parteiversammlung nur vom Vorstand durchgeführt werden könnte, die Versammlung sei daher ungültig, zumal da sie insgesamt von 26 Mitgliedern besucht gewesen sei, von denen einige schon früher aus der Partei ausgeschlossen worden seien, zum Teil wegen ehrenrühriger Handlungen. Diese „Opposition“ habe jedoch mit Unterstützung der Regierung das Parteihoch der Bauernpartei besetzt. Sie werde augenscheinlich vom Regierungsbund zum Treiben eines Keiles in die Einheitsfront der Bauern benutzt werden. Die Parteileitung der Bauernpartei teilt mit, daß diese weiterhin im Zentrallinken Block verbleibe.

Am Dienstag ist die Staatsliste dieses Blocks eingereicht worden. An der Spitze steht Dajzunski. Es folgen Malinowski (Byzowolenie), Dombiski, Witos, Liebermann. An der Spitze der ebenfalls eingereichten Nationaldemokraten-Liste steht Trompczynski, es folgen Agardki und der verhaftete Demski. An der Spitze der Liste des Regierungsbundes steht Marschal Pilsudski. Ihm folgen Oberst Slamel, Switalski, Oberst Bryjdot und fast das gesamte Ministertkabinett.

Ausbreitungen englischer Matrosen?

London, 8. Oktober.

In London waren aufsehenerregende Meldungen aus Nizza verbreitet, wonach Mannschaften des britischen Schlachtschiffes „Revenge“ erste Ausbreitungen begangen haben sollen. Es hieß, der Kapitän sei, als er an Land ging, von ungefähr 100 Matrosen seines eigenen Schiffes ausgepöflet worden. 40 Beurlaubte hätten sich geweigert, an Bord zurückzukehren; sie seien daraufhin von der französischen Polizei verhaftet und an Bord zurückgebracht worden, wo sie gefangengelegt worden seien. Zwei Matrosen seien der französischen Polizei als Deserteure gemeldet.

Die zuständigen Behörden in London erklären, es lägen keine Berichte über derartige Zwischenfälle vor. — Andererseits meldet der Korrespondent der „Daily Mail“ in Nizza, daß Vizeadmiral Kelly, dessen Flaggschiff die „Revenge“ sei, gestern nachmittag an Bord eine Untersuchung angestellt habe.

Der Aufstand in Brasilien

Das Land in hellem Aufruhr

Newyork, 7. Oktober.

Aus dem Lager der brasilianischen Aufständischen flammende Mitteilungen heraus, daß der Erfolg der Revolution lediglich eine Frage weniger Tage sei, da eine 8000 Mann starke Armee, bestehend aus Infanterie, Kavallerie und Artillerie, auf Rio de Janeiro und Sao Paulo marschiere, die, falls sie auf Widerstand stoße, zum Angriff bereit sei. — Nach den letzten Meldungen befindet sich die Hauptstadt des Staates, Parana, Curitiba, ebenfalls in der Gewalt der Aufständischen. Auch in Bahia und Pernambuco soll der Aufstand ausgebrochen sein.

Wie aus Sao Paulo berichtet wird, sind die brasilianischen Bundestruppen an der Grenze des Staates Parana aufammengezogen worden, um den von Süden anrückenden Aufständischen den Weg zu verlegen. In Rio de Janeiro sind die Lebensmittelpreise zum Teil um 300 Prozent gestiegen, da die Zufuhr aus dem Hinterland Minas Geraes abgeschnitten ist.

Die Aufständischen erklären, daß nunmehr 10 Staaten zu ihnen übergegangen seien. Es steht zweifellos fest, daß sie zu mindestens in 5 Staaten die Oberhand haben. Die Reservisten der 1. und 2. Klasse bis zu 30 Jahren sind durch Dekret der Regierung einberufen worden. Trotz des Belagerungszustandes beabsichtigen mehrere Gewerkschaften, die Streikparole auszugeben. Die Polizei hat mehrere Gewerkschaftsführer verhaftet.

Politische Kreise in Washington sind der Ansicht, daß der Aufstand in Brasilien die ernsteste der revolutionären Erhebungen ist, die in den letzten Monaten in Südamerika stattgefunden haben. Das Staatsdepartement veröffentlicht von den ihm zugegangenen Nachrichten nur die Meldung des amerikanischen Konsuls in Porto Alegre, der berichtet, daß die Sicherheit der amerikanischen Bürger und des amerikanischen Eigentums nicht gefährdet seien.

An den Trümmern des „R 101“

Noch keine Klarheit über die Ursache.

Paris, 8. Oktober.

Die mit der Feststellung der Katastrophenursache betraute Kommission hat ihre Arbeiten noch nicht zum Abschluß bringen können. Von dem an der Unglücksstelle weilenden Direktor der Technischen Versuchsanstalt des Luftfahrtministeriums, Comodore Holt, wird neuerdings erklärt, daß die ihm zugegebene Behauptung, die Katastrophe des Luftschiffes sei auf den Bruch eines Teiles des Gerippes des Luftschiffes zurückzuführen, unrichtig sei. Er habe keine Erklärung über die Ursache der Katastrophe abgegeben. Im übrigen verweigerte er jede Auskunft über das bisherige Ergebnis der technischen Untersuchung mit dem Hinweis, daß die Arbeiten sehr langwierig und schwierig sein würden. Holt klärte auch einen Irrtum über die in der Öffentlichkeit genannte Zahl der geborgenen Leichen auf. Da angeblich 47 Leichen bereits geborgen seien und 8 Mitglieder der Besatzung (von welchen allerdings eins inzwischen gestorben ist) gerettet wurden, sei die Aufstellung entstanden, daß sich ein „blindes Passagier“ an Bord befunden haben müsse. Der Irrtum sei darauf zurückzuführen, daß man eine Leiche, die durch den Brand in zwei Teile zerfallen war, in zwei Särge legte, anstatt in einen.

Refognoskierung der Toten äußerst schwierig.

Bisher ist die Feststellung der bei dem Unglücksfall zu Tode gekommenen Personen nur unvollkommen möglich gewesen. Neben den bereits genannten sind jetzt festgestellt worden die Besatzungsangehörigen Blac, King, Stott, Rudd und Sergeant Potter. Die Meldung, nach der auch die Leiche des englischen Luftfahrtministers Thomason durch einen Ring und ein Monokel identifiziert worden sei, ist durch den die Untersuchung leitenden Major Bone noch nicht bestätigt worden. Im übrigen wird darauf hingewiesen, daß sämtliche bisher gemachten Feststellungen mit einem gewissen Vorbehalt aufgenommen werden müßten, da die Leichen zu stark verkohlt seien. Man wird daher versuchen, die Identifizierung in London zu wiederholen. Um den Hinterbliebenen der Verunglückten den Einblick der unbekanntgebliebenen zu erlauben, sind alle Kleiderreste, Gebrauchsgegenstände usw., die bei den Toten gefunden wurden, in nummerierten Kästen gesammelt worden, von denen je einer zu jedem Sarg gehört. Die Angehörigen haben auf diese Weise Gelegenheit, auf Grund der gefundenen Gegenstände die Toten zu erkennen.

Die Ueberführung nach London.

Nach der Trauerfeier in der Kirche von Beauvais wurden die Särge der 46 Opfer Dienstag vormittag vom Rathaus aus auf Lafetten nach dem Bahnhof übergeführt, wo ein Aufzug bereitstand. Truppen der Garnisonen Beauvais, Compiègne und Senlis erwiesen hier die militärischen Ehren. Ministerpräsident Lardieu und Luftfahrtminister Laurent-Eynac hatten sich ebenfalls auf dem Bahnhof eingefunden. Um 12 Uhr setzte sich der Sonderzug in Bewegung, um die Opfer nach Boulogne sur Mer zu bringen. 40 französische Militärflugzeuge gaben dem Zug das Trauergeleit. Mit dem gleichen Zug fuhren die Ueberlebenden der Katastrophe heimwärts.

Der Konflikt im Braunkohlenbergbau

Die Arbeitnehmer im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau haben den kürzlich gefällten Schiedsspruch, nachdem das gekündigte Mehrheitsabkommen mit einigen Forderungen für die Angestellten im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau in Kraft gesetzt werden sollte, abgelehnt. Die Arbeitgeber haben den Schiedsspruch angenommen und seine Verbindlichkeitserklärung beantragt.

Hochwasserwäden im Saartal

Saarbrücken, 8. Oktober.

Die Saar führt infolge des Unwetters der letzten Tage, das mit anhaltenden Regengüssen verbunden war, Hochwasser. Von Sonntagmorgen um 2 Uhr ab bis Montagmorgen ist der Fluß nach dem Saarbrücker Pegel von 3,10 Meter auf 8,10 Meter gestiegen. Nachdem dann im Laufe des Vormittags der Wasserpegel etwas gefallen war, wurde im Laufe des Nachmittags wieder ein weiteres Ansteigen verzeichnet. Das Hochwasser hat bereits große Schäden angerichtet. Auf der Eisenbahnstrecke Saarbrücken-Saargemünd mußte der Zugverkehr unterbrochen werden, da beide Hauptgleise an einer Stelle überflutet waren. In einzelnen Ortschaften an der oberen Saar steht das Wasser in den Straßen an der oberen Saar hoch. Viel Kleinvieh ist den Fluten zum Opfer gefallen.

Ein Polizeibeamter erschossen

Köln, 8. Oktober.

Bei einem Streit, der in einem Tanzlokal in Frechen entstand, wurde der Polizeiwachmeister Krumm von dem Bauernknecht Baptist Weiler erschossen. Der Täter ist flüchtig und konnte noch nicht festgenommen werden.

Berschiedenes

Magdeburg. In dem Verfahren gegen den Kriminalkommissar Ziegler in Burg hat, wie die Justizpressestelle in Magdeburg mitteilt, die Staatsanwaltschaft jetzt Anzeige wegen Meineids erhoben. Ziegler hatte, wie wir bereits berichteten, in dem Strafverfahren gegen den Händler Schmiel beschworen, er habe keine beleidigenden Äußerungen über den Oberbürgermeister Schmiel gemacht, er habe ferner eine Belohnung von 1000 RM an verschiedene „Späher“ verteilt, und habe endlich an einer Hausdurchsuchung, die im Jahre 1919 bei Schmiel vorgenommen wurde, nicht teilgenommen. Die Eide waren, wie die Anklage behauptet, falsch. Ziegler befindet sich wie vor in Untersuchungshaft.

Defa... us Rot... er An... wurde... Bünthe... erstreite... ung fü... druck...
Stie... fienbah... atte au... rohen g... le Kolo... schätzte...
Som... bereits e... auch den... Mietverh... sollen ge... Speisela... und 200... kommt e... volcher K...
Halt... hiesigen... Strafe... Vater d... Schreiber... Schülers... Vater ge... mit seine...
Sten... 15 Jahre... Jagdgem... find unb...
Halt... 40 Jahre... Eisenbah... Die dam... 1887... ter des... Reubau... gen. Be... Bahnstei... nach 40... Verkehrs... hen könn... den Bah...
Halt... Schieds... men mit... deutschen... abgele... nomen... Angestell... damit, ü... eine, be... könne, a... ein Schli...
Sten... festes V... dem Ch... Personen... mißl...
Der... in Wien... daß wege... Bainger... verhaftet... die Tat... mit einer...
Neuf... dem Bür... 19. Septe... Fahrrad... fied, der... Dittler 2... 000...
Dippol... bei uns... Baden ist... — W... am 8. W... — W...
Bericht... Reichst... auf ich t... dorff sch... hiesige St... Verlegung... stand war... beffert ha... erfahren...
walde:... schändlich... Stelle und... enthalten... derte, ja... Diese Tag... zum Wöhr... Landsman... das schlich... famen Hei... in die Hei... grüßt, daß... mannschaft... wehret doch

Deffau. In dem Untersuchungsverfahren gegen die Landtagsabgeordneten Günther aus Deffau und Marzahn aus Rottlau haben jetzt die beiden Abgeordneten eingestanden, daß sie nach der Landtagsabstimmung, in der dem Uebergang der Anhaltischen Salzwerke an die Preußag zugestimmt wurde, von Berliner Bankseite 10 000 RM erhalten haben. Günther erklärte, er hätte mit diesem Geld Agitationskosten streifen wollen, während Marzahn das Geld als Entschädigung für den durch die Abstimmung erlittenen Ausfall von Druckerarbeiten betrachtete. Das Verfahren geht weiter.

Stiege i. Harz. Hier konnte ein erst vierzehnjähriger Eisenbahnenfänger ermittelt werden, der bei seiner verbrecherischen Arbeit außerordentlich sicher gegangen war. Er hatte auf die Schienen der Strecke Stiege-Bernrode einen großen Fichtenstamm gelegt und mehrere große Steine darüber geschoben, um so ein Fortschleiben des Hindernisses durch die Lokomotive zu verhindern. Das Hindernis wurde aber rechtzeitig bemerkt und der Zug zum Halten gebracht.

Sommern. Die Bau- und Siedlungsgenossenschaft, die bereits eine Reihe von Wohnungen gebaut hat, plant jetzt auch den Bau von billigen Kleinwohnungen, die nur einen Mietpreis von 15 RM monatlich erfordern sollen. Dafür sollen geboten werden: Zwei Zimmer, Wohnküche, Korridor, Speisekammer, Räucherzimmer, Bodenkammer, Keller, Stall und 200 Quadratmeter Gartenland. Auf je vier Familien kommt ein gemeinsames Waschhaus. Jedes Haus soll acht solcher Kleinwohnungen enthalten.

Halberstadt. Ein 16jähriger auswärtiger Schüler einer hiesigen Lehranstalt hat sich aus Furcht vor der väterlichen Strafe im Pflanzsaal der Schule mit Gas vergiftet. Der Vater des Knaben hatte vor kurzem von der Schule ein Schreiben erhalten, das über die schwachen Leistungen des Schülers Klage führte. Der Junge war hierauf von seinem Vater geprügelt worden und wagte es wahrscheinlich nicht, mit seinem schlechten Zeugnis nach Hause zu fahren.

Stendal. Im benachbarten Borstel erschöß sich ein 15 Jahre alter Schüler in Abwesenheit der Eltern mit einem Jagdgewehr; er war auf der Stelle tot. Die Gründe zur Tat sind unbekannt.

Halle. Der Hauptbahnhof Halle wird am 8. Oktober 40 Jahre alt. Er wurde am 8. Oktober 1890 dem allgemeinen Verkehr übergeben und in ihm sämtliche, den einzelnen Eisenbahngesellschaften gehörende Einzelbahnhöfe vereinigt. Die damalige Eisenbahndirektion Magdeburg gab am 10. Oktober 1890 im Wartesaal ein Festessen, dem auch ein Vertreter des Ministers für öffentliche Arbeiten bewohnte. Der Neubau konnte schon zur damaligen Zeit nicht voll befriedigen. Bemängelt wurden insbesondere die Wartehäuser und die Bahnsteighallen, die sich als nicht ausreichend erwiesen. Heute nach 40 Jahren ist der Bahnhof den sehr gesteigerten Verkehrsbedürfnissen überhaupt nicht mehr gewachsen. Die Reichsbahngesellschaft hat sich dieser Tatsache nicht verschließen können und ist bemüht, durch umfangreiche Umbauten den Bahnhof dem heutigen Verkehr anzupassen.

Halle. Die Arbeitnehmer haben den kürzlich gefällten Schiedspruch, nach dem das gekündigte Mehrarbeitsabkommen mit einigen Änderungen für die Angestellten im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau in Kraft gesetzt werden sollte, abgelehnt. Die Arbeitgeber haben den Schiedspruch angenommen und seine Verbindlichkeitserklärung beantragt. Die Angestelltenverbände begründen ihre ablehnende Haltung damit, daß einmal bei der gegenwärtigen Arbeitsmarktlage eine über tarifliche Mehrarbeit nicht verantwortet werden könne, andererseits aber auch damit, daß die Angestellten ein Schlichtungsverfahren nicht für zulässig hielten.

Schweres Bootunglück. Ein mit 20 Ausflüglern besetztes Boot kenterte während eines starken Sturmes auf dem Chapalajee (Mexiko). 10 Personen erkrankten, fünf Personen kamen mit dem Leben davon, fünf wurden vermisst.

Der Prozeß um den Mord im Lainzer Tiergarten. Der in Wien mit großer Spannung erwartete Schwurgerichtsprozeß wegen der Ermordung der 41jährigen Käthe Fellner im Lainzer Tiergarten hat begonnen. Der seinerzeit in Berlin verhaftete Wiener Kaufmann Gustav Bauer ist beschuldigt, die Tat am 17. Juli 1928 begangen zu haben. Man rechnet mit einer zweiwöchigen Verhandlungsdauer.

Neuhaldensleben. Wie seinerzeit berichtet wurde, wurden dem Bürogehilfen Thielecke vom Rittergut Beendorf am 19. September 2 000 RM Lohngebeur geraubt, ebenso sein Fahrrad. Der Täter war der Arbeiter Dittler aus Helmstedt, der von der Polizei bisher vergeblich gesucht wurde. Dittler hat sich jetzt freiwillig gestellt. Er gibt an, die geraubten 2 000 RM inzwischen durchgebracht zu haben.

Deutliches und Sächsisches.

Dippoldiswalde. Kommenden Sonntag und Montag ist bei uns Jahrmarkt. Mit dem Anfahren und Aufbau der Buden ist bereits begonnen worden.

— Bibelstunde findet heute statt, wie gewöhnlich um 8 Uhr.

— An der Umgehungsstraße bei Bannewitz, so wird uns berichtet, verunglückte gestern der Motorradfahrer W. aus Reichstädt. Während er ohne Schaden davontam, erlitt die auf dem Sozius sitzende Ehefrau des Verunglückten aus Baulsdorf schwere innere Verletzungen. Sie wurde zunächst ins hiesige Stadtkrankenhaus gebracht, mußte aber ihrer schweren Verletzungen wegen nach Dresden überführt werden. Ihr Zustand war gestern abend besorgniserregend, soll sich aber gebessert haben. Einzelheiten über den Unfall waren nicht zu erfahren.

— Jung-Landsmannschaft Dippoldiswalde: Auf dem Bundestag des Heimatbundes Sächsisch-thüringischer Landsmannschaften im September in Bad Schandau durfte die Jung-Landsmannschaft an geweihter Stelle und vor aller Öffentlichkeit ihr neues Vereinsbanner entrollen und weihen. Zum Bundestag selbst waren hundert von Landsleuten aus allen Gauen Deutschlands vertreten, ja selbst aus dem Saargebiet waren sie erschienen. Diese Tagung gestaltete sich zu einer machtvollen Kundgebung, zum Wohle unserer Heimat und zum Segen der gesamten Landsmannschaftsbewegung. Zum 1. Male sammelte sich um das schlichte Banner die Dippoldiswalder Jugend zur gemeinsamen Heimatsfahrt mit der Landsmannschaft Dippoldiswalde in die Heimatstadt. Es wurde beiderseits ganz besonders begrüßt, daß die freundschaftlichen Beziehungen beider Landsmannschaften wieder aufgenommen worden sind und daß vielleicht doch in nächster Zeit ein Zusammenschluß bevorsteht. Vorerst feiert die Jung-Landsmannschaft ihre 3. Gründungsfest

feier am Sonntag, dem 12. Oktober, nachm. 5 Uhr, im Saale des „Herzog Albrecht“, Albrechtstraße. Die Feier besteht aus Konzert, Theater und Festball. Schon lange ist mit den Vorbereitungen für dieses Fest begonnen worden, und verspricht sich die Vereinigung, allen lieben Gästen einen schönen Sonntag zu bereiten. Am 11. Oktober feiert die „Alte Dippoldiswalder Landsmannschaft“ gleichfalls ihr drittes Stiftungsfest und wird die Jugend geschlossen daran teilnehmen. Auch im vergangenen Vereinsjahr ist es dank treuer Mitarbeit vorwärts gegangen, trotz vieler Widerstände, die sich der Vereinigung entgegenstellten. Im neuen Vereinsjahr wird neue Werbearbeit geleistet werden, um alle Jugendlichen aus Dippoldiswalde u. U. in den Großstadtkreisen Dresdens zu einem geschlossenen Ganzen zusammenzuführen.

Oberhäslich. In vergangener Nacht ist in die Materialwarenhandlung von Priesher eingebrochen worden. Die Diebe — man vermutet, daß es zwei gewesen sind — sind nach Eindringen einer Fensterscheibe in den Laden eingestiegen und haben daraus gegen 5000 Stück Zigaretten und etwa 2 Pfund Wurst gestohlen. Eine Leine und Bindfäden haben sie wahrscheinlich dazu benutzt, das Gestohlene zusammenzuschüttern, um es leichter fortbringen zu können.

Bannewitz. In der letzten Monatsversammlung der Bürgervereinigung rief die durch die Deffnung der Wasserverschlüsse in dem stillgelegten Barcher Steinkohlenbergwerk „Marie“ eingetretene Wasserknappheit eine längere Aussprache hervor. Obgleich die hiesige Gemeindeverwaltung auf Anfrage von der Bergwerksdirektion die Antwort erhalten hatte, daß nach der Stilllegung ein größerer Wasserzufluß eintreten würde, da die für den Betrieb z. B. benutzten Zapfstellen mit 300 Sekundenspitzen alsdann geschlossen werden würden, ist durch das Deffnen der Verschlüsse das gerade Gegenteil eingetreten. Während aus den hiesigen Brunnen wenigstens noch stundenweise mit größeren Unterbrechungen gepumpt werden kann, enthalten die Brunnen der Nachbargemeinde Cunnorsdorf überhaupt kein Wasser mehr, so daß dieselbe als Notbehelf mit Zusperrwasser versorgt werden muß. Es wurde mit Genehmigung ausgenommen, daß von seiten der Gemeindeverwaltung alle nötigen Schritte, auch bei den vorgelegten Behörden, zur Wiederbeseitigung dieses schweren Nachteils eingeleitet worden sind. Wegen die von der Staatlichen Kraftwagen-Gesellschaft seit kurzem eingeleitete Fahrpreispolitik soll trotz der bereits von anderer Seite ebenfalls unternommenen Schritte energischer Einspruch erhoben werden.

Dresden. Die deutschnationale Landtagsfraktion hat folgende Anfrage eingebracht: Die Entscheidungen der Sächsischen Gemeindeförderung haben sich im Laufe der letzten Zeit mehrfach von der Grundlage einer rein objektiven und überparteilichen Spruchpraxis entfernt. Insbesondere kann festgestellt werden, daß wiederholt gegen das Interesse der in den Gemeinden anjünglichen Wirtschaft verstoßen und damit mittelbar die finanzielle Entwicklung der Gemeinde schwer geschädigt worden ist; daß einzelne Entscheidungen den Eindruck erwecken, im Widerspruch zu Wortlaut und Sinn bestehender Gesetze zu stehen; daß eine Entscheidung der Gemeindeförderung der Rechtsauffassung des Ministeriums des Innern direkt widerspricht. Vom Einspruchsrecht gemäß § 8 Abs. 6 der Gemeindeverordnung ist in keinem der kritisierten Fälle Gebrauch gemacht worden. Das Ansehen der höchsten Aufsichtsbehörde in Kommunalfragen ist dadurch schwer geschädigt worden. Ein großer Teil der Gemeindeförderung steht der Gemeindeförderung mit berechtigtem Mißtrauen gegenüber. Wir fragen: Ist der Regierung diese für das ganze Land bedenkliche Entwicklung der Entscheidungspraxis bekannt? Was hat die Regierung getan und was gedenkt sie zu tun, um das Ansehen der Gemeindeförderung wieder zu heben und die für die kommunale Selbstverwaltung unerlässliche objektive Gerechtigkeit herzustellen?

Dresden. Im Rechnungsjahr 1927/28 hatten die deutschen Großstädte für ihre sogenannte Erwerbsbetriebe (Elektrizitätswerke, Gaswerke, Wasserwerke, Verkehrsbetriebe, Kreditunternehmungen, gewerbliche Unternehmungen, land- und forstwirtschaftliche Betriebe, Schlachthäuser, Viehhöfe, Markthallen, Wesshallen usw.) einen Ueberschuß von insgesamt 254,5 Millionen Mark, also über 1/4 Milliarde Mark, zu verzeichnen. Auf den Kopf der Bevölkerung umgerechnet, beträgt der Ueberschuß für die Reichszeit 16,39 RM. Auf eine einzelne Gemeinde beträgt der durchschnittliche Ueberschuß 5,8 Millionen Mark. Alles in allem gesehen, sind also die städtischen Betriebe für die beteiligten Städte rentable Unternehmungen, die jedoch in sich wieder sehr verschieden gewirtschaftet haben; beträgt doch der geringste Ueberschuß auf den Kopf der Bevölkerung 1,50 und der höchste etwa 41 M. in der Reichszeit.

Dresden. Am Dienstag abend streifte auf der Fahrt durch den Plauenischen Grund ein großer Brauerei-Lastkraftwagen einen Straßenbahnwagen. Dadurch verlor der Fahrer des Kraftwagens die Gewalt über sein Fahrzeug, das zunächst gegen einen Straßenbaum fuhr und das Straßengeländer zerbrach und schließlich die etwa fünf Meter hohe Ufermauer hinab in das Flußbett der Weißeritz stürzte. Der Kraftfahrer blieb völlig unverletzt und hatte beim Eintreffen der ersten Hilfskräfte den umgestürzten Wagen bereits verlassen. Der Beifahrer hatte sich mehrfache Verletzungen zugezogen, die seine Ueberführung nach dem Krankenhaus nötig machten.

Dresden. Mit einem eigenartig gelagerten Fall von unbefugtem Waffensbesitz hatten sich Amtsgericht und Landgericht zu befassen. Sie hatten die Frage zu entscheiden, ob ein unbefugter Waffensbesitz auch dann vorliegt, wenn der Besitzer der Waffe diese zwar auf Grund eines vom Polizeipräsidenten erhaltenen Waffenscheins erworben hat, aber nach Ablauf des Waffenscheins die Waffe weiter in seinem Besitze läßt. So hatte der 2. Vorsitzende und Verkehrsreferent des Deutschen Autoklubs in Dresden, der Vertreter Alfred Kay, seinerzeit die Ausstellung eines Waffenscheins beim Polizeipräsidenten beantragt und einen solchen auch zugestimmt erhalten. Auf Grund dieses Waffenscheins erwarb Kay rechtmäßig eine Waffe. Nachdem sein Waffenschein, der stets nur für eine bestimmte Zeit ausgestellt wird, abgelaufen war, verkaufte er, rechtzeitig um die Erneuerung des Scheins nachzufragen, und beließ daher auch die Waffe in häuslichem Gewahrsam. Den Besitz der rechtmäßig erworbenen Waffe sah das Polizeipräsidenten infolge des inzwischen eingetretenen Ablaufs des Waffenscheins nunmehr als „unbefugt“ an und veranlaßte die Ueberführung eines Strafbeschlusses an den genannten Klubvorsitzenden wegen unbefugten Waffensbesitzes, der in Höhe von 32 Mark

ergangen ist. Kay suchte diesen Strafbescheid durch gerichtliche Entscheidung beim Amtsgericht Dresden an. Dieses hob den Strafbescheid auf. Die Beweisaufnahme ergab, daß von einer Ueberschreitung der Waffe nach Ablauf des Waffenscheins auf diesem selbst nichts vermerkt wurde. Der als Zeuge vernommene Beamte des Dresdener Polizeipräsidenten erklärte selbst, daß in solchen Fällen die Waffe regelmäßig abgeholt werde, in vorliegendem Falle dies aber unterlassen worden sei. Das Amtsgericht kam schließlich zu der Entscheidung, daß hier, wie es in der Urteilsbegründung ausdrücklich heißt, lediglich eine verhältnismäßig geringfügige Nachlässigkeit vorliegt, wofür eine kleine Buße von fünf Mark ausreichend sei. Der wegen unbefugten Waffensbesitzes ergangene Strafbefehl über 32 Mark wurde aufgehoben und auch von einer Einziehung der Waffe abgesehen. Das Landgericht bestätigte in der Berufungssitzung das Urteil des Amtsgerichts, das damit rechtskräftig geworden ist.

Niederwartha. Um die Leistungsfähigkeit der Pumpen des Kraftspeicherwerkes in Niederwartha zu prüfen, wurde am Sonnabend das untere Speicherbecken bis zur höchsten Staugrenze gefüllt. Dabei hat sich eine kleine Undichtigkeit des Damms in der Nähe des Krafthauses herausgestellt, die durch Anbringen von Lehm sofort wieder beseitigt werden konnte. Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, hat sich der Damm bei dieser Probe gut bewährt und an keiner anderen Stelle Undichtigkeiten gezeigt.

Großenhain. Auf der Strecke Großenhain-Lampertswalde stieß sich am Sonntag der Reiter Kalow der 2. Eskadron Reiter-Regiment 12 in selbstmörderischer Absicht von einem Zug überfahren. Kalow war erst seit dem Frühjahr ds. J. bei der Reichswehr und seit dem 1. Oktober in Großenhain. Seine bevorstehende Entlassung wegen körperlicher Ungeeignetheit für den militärischen Beruf soll das Motiv zur Tat gewesen sein.

Schönfeld bei Großenhain. Auf dem hiesigen Rittergut war am Sonntag ein noch junger Schweizer damit beschäftigt, von einem Heuboden Futter auf die Tenne zu werfen. Als er damit fertig war, warf er seine Heugabel hinunter und sprang dann selbst nach. Der Schweizer kam aber zum Sturz und spießte sich die Gabel in den Unterleib. Mit schweren Verletzungen schaffte man ihn ins Krankenhaus.

Waldheim. Am „Quirl“ in Urnsdorf, nahe bei Reichenbach, ereignete sich ein schwerer Zusammenstoß zweier Motorräder. Der aus Waldheim gebürtige Maurer Lehmann kam mit einem auf dem Sozius sitzenden Arbeiter von Bödrigen nach Waldheim gefahren. An der Kurve vor dem „Quirl“ wurde er von einem schweren Motorrad mit Beiwagen angefahren. Schwerverletzt blieb Lehmann liegen. Im „Quirl“ wurde ihm die erste Hilfe zuteil. Das Motorrad wurde zertrümmert. Der auf dem Sozius sitzende Mitfahrer blieb jedoch unverletzt. Das schwere Unglück ereignete sich dadurch, daß das Motorrad mit Beiwagen ohne Licht (!) gefahren ist. Ohne sich um den Schwerverletzten zu kümmern, fuhr das Motorrad mit Beiwagen davon.

Roschau. Einen tragischen Ausgang hat der bereits gemeldete Unfall des Straßenmeisters Grabner, der durch Ausgleiten unter einen mit Achslenkungsmaßen beladenen Wagen geriet und überfahren wurde, genommen. Grabner ist jetzt im Reichenbacher Stadtkrankenhaus seinen Verletzungen erlegen; es handelte sich anscheinend um einen Wirbelsäulenbruch. In den vorhergehenden Nacht zum Sonntag war bereits die 75 jährige, ebenfalls hier wohnende Mutter des Verunglückten, Frau Emma Amalie Grabner, geb. Sachs, gestorben. Frau Grabner war wohl schon längere Zeit krank, doch dürfte anzunehmen sein, daß das über ihren Sohn hereingebrochene Unglück mit zu ihrem nun so rasch erfolgten Tod beigetragen hat.

Thum. Als am Montag früh der Personenzug die Geyerische Straße überquerte, bemerkte ein Fußgänger mehrere Schläge und Aufsprühen von Funken unter den Rädern. Nachdem der Zug vorübergefahren war, stellte er fest, daß ein größerer Schleufendel von unbekannter Hand auf die Schienen gelegt und von der Lokomotive zermalmt wurde. Ein größerer Unfall hätte leicht entstehen können.

Letzte Nachrichten.

Für Revision des Tributplanes.

Berlin, 8. Oktober. Das New Yorker Finanzblatt „Journal of Commerce“ macht, wie Berliner Blätter melden, für die künftige Reparationsregelung und die Bezahlung der Alliierten-Schulden an Amerika bedeutungsvolle Vorschläge. Nach einer Anspielung auf die bevorstehende Konferenz der Notenbankleiter, an der auch Reichsbankpräsident Dr. Luther teilnimmt, erklärt das Blatt, die im Umlauf befindlichen Gerüchte für wohl begründet, nach denen bei dieser Besprechung die Revision des Youngplanes eine Rolle spielen werde. Im übrigen werde sich nach Ansicht des Blattes eine Revision des Youngplanes früher, als jemals gedacht worden sei, als notwendig erweisen. Das Blatt schlägt in diesem Zusammenhang vor, die an den Reparationen beteiligten Länder sollten zunächst eine Vorkonferenz abhalten. Hierbei müsse versucht werden, festzustellen, wo die Leistungsgrenze für Deutschland bei seinen Zahlungen an die Alliierten liege. Die in den Verträgen vorgesehenen Beträge, die über ein erträgliches Maß hinausgingen, müßten rücksichtslos gestrichen werden.

Reichsregierung und Spaltung der Staatspartei.

Berlin, 8. Oktober. Die Spaltung der Deutschen Staatspartei, die in der Dienstagssitzung des Hauptaktionsausschusses der Partei praktisch zur Tatsache geworden ist, wurde in Regierungskreisen auf ihre politischen und parlamentarischen Konsequenzen hin lebhaft erörtert. Ein endgültiges Bild über die Situation läßt sich zur Zeit jedoch noch nicht gewinnen, da man auf jeden Fall erst einmal die Sitzung der staatsparteilichen Reichstagsfraktion, die auf den kommenden Montag einberufen worden ist, abwarten muß. Die Haupt Schwierigkeit, die für die staatsparteiliche Reichstagsfraktion gegenwärtig besteht, dürfte darin liegen, daß die einzelnen Gruppen in der Fraktion zur Zeit noch keine Möglichkeit haben, sich anderen stärkeren Fraktionen anzuschließen. Ueberwiegend neigt man in Regierungskreisen der Auffassung zu, daß sich unmittelbare politische Konsequenzen aus dem heutigen Beschluß des Hauptaktionsausschusses der Deutschen Staatspartei nicht ergeben.

Beilage zur Weißeritz-Zeitung

Nr. 235

Mittwoch, am 8. Oktober 1930

96. Jahrgang

Kurze Notizen

Die Sitzung des Hauptausschusses der Deutschen Staatspartei endete mit dem Austritt Mahrauns und der jungdeutschen Vertreter aus der Partei, während Koch-Weser den Vorsitz in der Demokratischen Partei niederlegte.

Reichspräsident von Hindenburg empfing den Reichsminister des Auswärtigen Dr. Curtius zum Vortrag über die Verhandlungen der Genfer Bitterbündiskonferenz.

Wie aus Washington gemeldet wird, hat Britten, der Vorsitzende des Marineauschusses des Repräsentantenhauses, den Vorschlag des Konteradmirals Moffett befürwortet, der angeregt hat, im Hinblick auf die Katastrophe der „A. 101“ im Interesse der Sicherheit der Luftfahrt das Ausfuhrverbot für Heliumgas aufzuheben.

Bei einer Filmaufführung in Astrachan brach Feuer aus, 17 Personen, darunter mehrere Kinder, kamen um, 14 trugen schwere Brandwunden davon.

Wo bleibt der Preisabbau?

Die Schlichterkammer hatte bekanntlich unter Vorsitz des Schlichters für Rheinland und Westfalen, Prof. Brahn, am 4. September 1930 den Antrag der Ruhrkohlenzechen auf Abbau der tariflichen Löhne im Ruhrkohlenbergbau um 10 Prozent ebenso wie die Forderung der Bergarbeitergewerkschaften auf Erhöhung des Schichtlohnes um 0,50 Rm. abgelehnt und das von Arbeitgeberseite geforderte Lohnabkommen in unveränderter Form wieder mit erstmaliger Kündigungsmöglichkeit zum 31. Dezember 1930 in Kraft gesetzt. Der Zechenverband hat diesen Schiedspruch sofort abgelehnt, während die Gewerkschaften beider Richtungen die Annahme des Schiedspruchs erklärt und seine Verbindlichkeitserklärung beim Reichsarbeitsministerium beantragt hatten. Am 9. September 1930 haben die Nachverhandlungen vor dem Reichsarbeitsministerium stattgefunden, die jedoch, da eine Annäherung der Parteien, die auf ihrem Standpunkt beharrten, nicht möglich war, ohne Ergebnis abgebrochen werden mußten. Inzwischen ist durch Entscheidung des Reichsarbeitsministeriums der Schiedspruch für verbindlich erklärt worden.

Bei den vorausgegangenen Parteiverhandlungen ist ebenso wie bei den Beratungen in der Schlichterkammer und auch bei den Nachverhandlungen im Reichsarbeitsministerium von beiden Seiten umfangreiches Material über die Beschäftigungslage und Rentabilität der Zechen und Nebenproduktanlagen vorgebracht worden, das in seinen Ergebnissen stark von einander abweicht. Nach den Angaben der Gewerkschaften soll dem Ruhrbergbau bei Arbeitskosten von 9 Rm. je Tonne zurzeit noch eine Gewinnspanne von 4,50 Rm. je Tonne verbleiben. Demgegenüber gibt die Unternehmerseite auf Grundlage eingehender Statistiken die Arbeitskosten mit 10,10 Rm. je Tonne zurzeit an und verweist auf die erheblichen Materialkosten, Frachten, Steuern, Kosten für Dampf und Strom sowie Abschreibungen und allgemeine Unkosten, die außer den vorstehend angegebenen Arbeitskosten zu berücksichtigen seien und somit nicht im entferntesten den von Gewerkschaftseite errechneten Gewinn zuliefern.

Bei Zugrundelegung der von den Bergarbeiterverbänden angegebenen Kostenelemente würden sich die Selbstkosten je Tonne Förderung auf 16 Mark stellen, die sich zusammensetzen aus 9 Mark Arbeits- und 2,50 Mark Materialkosten, wozu noch der angegebene Gewinn von 4,50 Mark zu rechnen ist. Der von Gewerkschaftseite als Standardziffer angenommene, nach Unternehmeransicht jedoch als zu hoch gegriffen bezeichnete Fettsäurekohlenpreis von 18,89 Rm. je Tonne als Durchschnittserlöspreis ließe bei dieser Rechnung nur noch einen Betrag von 0,89 Rm. zur Deckung der allgemeinen Kosten (Steuern, Frachten und der Abschreibungsquote) zu, obwohl beispielsweise nach Prof. Schmalenbach mindestens 1,74 Rm. je Tonne allein für Abschreibungen erforderlich sind. Der Ruhrbergbau hat diejenigen Zechen nochmals einer genauen Untersuchung unterzogen, die seinerzeit von der Schmalenbach-Kommission erfaßt worden waren. Das Ergebnis dieser Untersuchung zeigt, daß seit Beginn des Jahres 1930 der gesamte Bergwerksbetrieb mit stark getragenen tatsächlichen Verlusten arbeitet. Diese Verluste sind im wesentlichen durch die Abfallage, durch erzwungene Drosselung der Förderung und der Umlage der fixen Unkosten auf die geringer gewordene Fördermenge entstanden. Hinzu kommen noch die Verzinsung und Aufwertung der erheblich gemachten Haldebestände, die sich Ende August auf insgesamt 7.100.000 Tonnen belaufen. Auch die Abfallziffern zeigen seit Januar 1930 eine stark abfallende Tendenz und sind von 4,9 Millionen im Januar auf 3,9 Millionen monatlich im Juli 1930 gesunken. Die arbeitstäglich Kohlenförderung weist noch erheblichen Rückgang auf; sie betrug im Januar 1930 427.000 Tonnen, im Juli 1930 320.000 Tonnen, im August 1930 rund 330.000 Tonnen.

Von einer Besserung der Beschäftigungs- und Abfallage des Ruhrkohlenbergbaus kann nach diesen Ziffern keine Rede sein, und die Aussichten für eine alsbaldige und wesentliche Belebung des Abfahes dürften als sehr gering anzuspitzen sein, da auch die nunmehr einsehende Winterbevorratung in Hausbrandkohle bei dem geringen Anteil der Hausbrandkohlen im Gesamtkohlenverbrauch keine wesentliche Entlastung für den Bergbau erbringen dürfte.

Es ist leider zu befürchten, daß der Ruhrbergbau, nachdem er bisher in der Hoffnung, alsbald zu einer Verminderung seiner Selbstkosten durch Verringerung der Arbeitskosten schreiten zu können, im wesentlichen dem Rückgang des Abfahes durch vermehrte Einlegung von Feierschichten gerecht zu werden versucht hatte, nunmehr dazu übergehen wird, weitergehende Einschränkungen durch Entlassung von Arbeitern vorzunehmen, um auf diese Weise die Belegschaftsziffern den wirklichen Förderbedürfnissen anzupassen und unwirtschaftliche Lohnkosten zu vermeiden. Es muß stark bezweifelt werden, ob diese Entwicklung den Arbeitnehmerinteressen dienlich ist. Der Bergbau glaubt, daß er in der Lage gewesen wäre, die bisher in starkem Ausmaß eingelegten Feierschichten zu verringern und unter Beibehaltung der jetzigen Belegschaftsstärke die vorhandenen Arbeitskräfte voll auszunutzen und durch Senkung der Preise den Absatz zu heben, wenn seinem Antrag: gemäß der Lohnkostenanteil an die Produktionskosten herabgesetzt worden wäre.

nissen anzupassen und unwirtschaftliche Lohnkosten zu vermeiden. Es muß stark bezweifelt werden, ob diese Entwicklung den Arbeitnehmerinteressen dienlich ist. Der Bergbau glaubt, daß er in der Lage gewesen wäre, die bisher in starkem Ausmaß eingelegten Feierschichten zu verringern und unter Beibehaltung der jetzigen Belegschaftsstärke die vorhandenen Arbeitskräfte voll auszunutzen und durch Senkung der Preise den Absatz zu heben, wenn seinem Antrag: gemäß der Lohnkostenanteil an die Produktionskosten herabgesetzt worden wäre.

Landgemeindevetreter beim Kanzler

Berlin, 8. Oktober.

Reichskanzler Dr. Brüning empfing in Gegenwart von Vertretern des Reichsfinanz- und Reichsarbeitsministeriums den engeren Vorstand des Deutschen Landgemeindetages: Den Präsidenten Dr. Gerek, den Bürgermeister Doetsch-Münstermaifeld, den Verwaltungsdirektor Schmid-Stuttgart und den Vizepräsidenten, Ministerialrat z. D. Schellen.

Präsident Dr. Gerek schilderte die finanzielle Notlage der Landgemeinden und legte u. a. die Maßnahmen dar, die zur Unterstützung der Landgemeinden getroffen werden müssen. Im Anschluß hieran fand eine eingehende Aussprache über die Wünsche der Landgemeinden in Verbindung mit dem Wirtschafts- und Finanzplan der Reichsregierung statt.

Sparprogramm Preußens

Berlin, 8. Oktober.

Wie aus einer vom preußischen Finanzminister an die Ressorts herausgegebenen Anweisung hervorgeht, hat auch das preußische Staatsministerium bereits begonnen, im Sinne des Sparprogramms der Reichsregierung den Preußensatz für 1931 nach neuen Gesichtspunkten aufzustellen. Innerhalb der preußischen Regierung besteht auch bereits volle Uebereinstimmung darüber,

daß Preußen im kommenden Jahre eine Ausgabenreduzierung größten Maßstabes durchführen müsse, da es unmöglich sei, die Steuereinnahmen durch weitere Erhöhung der Steuern zu steigern, da diese bereits überspannt sind. Es bleibe daher nur übrig, die Ausgaben zu senken.

Es sollen daher bei der Haushaltsaufstellung die Ansätze der Ministerialzulagen der nicht ruhegehaltfähigen Aufwandsentschuldigungen, der nebenamtlichen und nebensächlichen Vergütungen, der Prüfungsvergütungen, der Unterstufungen und Notstandsbeihilfen herabgesetzt werden. Eine Erhöhung der Ansätze für den Betrieb der Dienstkraftwagen kommt nicht in Frage. Die Fonds für Umzugskosten, für Beiräte usw. werden um 10, alle übrigen sächlichen Ausgaben, soweit sie nicht zwangsläufig sind, um 5 Prozent gekürzt werden. Ingesamt sollen die Ansätze des Extraordinariums der einzelnen Verwaltungen um 10 Prozent herabgesetzt werden. Weiter soll eine Reihe von Behörden, Anstalten und Instituten aufgehoben werden. Dem Haushalt für 1931 werden infolge Minderertrag usw. 130 Millionen M. fehlen.

Nach der Trennung

Berlin, 8. Oktober.

Die Tatsache, daß die Jungdeutschen und die Demokraten wieder auseinander gingen, ist nicht überraschend gekommen. Man mußte bereits seit Tagen, daß die Gegensätze innerhalb der Staatspartei so stark waren, daß eine Ueberbrückung kaum noch möglich erschien. Sie lagen einmal im Führerproblem, zum anderen in den weltanschaulichen Unterschieden der beiden Gruppen. Zu der weltanschaulichen Seite der Schwierigkeiten erklärt uns Arthur Mahraun, daß der demokratische Flügel der Staatspartei dem Jungdeutschen zu sehr als Regierungspartei eingestellt sei.

Die Wahlen hätten jedoch gezeigt, daß das Volk ein neues wolle. Deshalb sei ihm freie Hand für kommende Wahlen erwünscht. Niemand wisse, wie lange der Reichstag lebe. Vor allem sei aber doch mit der Möglichkeit von Neuwahlen in Preußen zu rechnen.

Auch von demokratischer Seite wird betont, daß die sächlichen Gegensätze ein Zusammenbleiben nicht möglich gemacht hätten. Die Trennung wird an sich außerordentlich bedauert, um so mehr, als die Jersifheit der bürgerlichen Mitte damit noch stärker in den Vordergrund trete. Ein anderer Ausweg sei aber nicht möglich gewesen, weil die demokratische Partei keine Missionspolitik treiben wolle. Ueber die Frage, ob die Fraktion zusammenbleiben kann, wird ebenso noch verhandelt werden, wie über die Vermögensstrennung. Immerhin besteht in unterrichteten Kreisen der Eindruck, daß auch hier die Trennung unvermeidlich werden dürfte. Ueber die Frage, ob dann neue Verhandlungen zwischen der Deutschen Staatspartei und der Deutschen Volkspartei stattfinden, läßt sich im Augenblick noch nichts sagen. Sicher ist jedenfalls, daß die Deutsche Volkspartei an ihrem alten Standpunkt festhält, daß nur eine Sammlung nach beiden Seiten in Frage kommt, d. h. also unter Einbeziehung gewisser rechts von der Deutschen Volkspartei stehenden Gruppen.

Mahraun über die Spaltung

Die Führer der Volkspartei Reichsvereinerung entwickelten in einer Pressebesprechung die Gründe, die zum Ausscheiden der Volkspartei aus der Reichsvereinerung aus der Deutschen Staatspartei geführt haben. Mahraun führte aus, er und seine Freunde hätten bei der Gründung der Staatspartei das Ziel verfolgt, dem negativen Radikalismus der Nationalsozialisten eine ebenso aktiviatische Front der staatsbejahenden positiven Kräfte entgegenzusetzen und in dieser Front alle diejenigen zu sammeln, die zwischen Marxismus

und negativem Rechtsradikalismus stehen. Die bisherigen Erfahrungen mit der Staatspartei hätten gezeigt, daß mit der Staatspartei in ihrer jetzigen Zusammenfassung dieses Ziel nicht zu erreichen sei.

Reichstagsabgeordneter Bornemann, der Ordenskanzler des Jungdeutschen Ordens ergänzte diese Ausführungen in organisatorischer Begleitung. Die Volkspartei Reichsvereinerung werde ihr altes Ziel nicht aufgeben, sondern jetzt erst recht große Aktivität entfalten. Sie werde rund 10.000 Wahlen in ganz Deutschland einberufen, um die Sammlung der aktivistischen staatsbejahenden Mittel herbeizuführen.

Deutscher Protekt in Rowno

Litauen brüstet weiterhin den Bitterbund

Berlin, 8. Oktober.

Wie wir von unterrichteter Seite hören, hat Deutschland bei der litauischen Regierung wegen des Nichtinhaltens der Vereinbarungen über die unbeeinflussten Wahlvorbereitungen im Memelland Vorstellungen erhoben.

Wenn die litauische Regierung auch den litauischen Wahlkreiskommissar Simonaitis durch den Deutschen Bitterbund ersetzt hat, so ist sie ihrer Verpflichtung hinsichtlich der beiden Weisiger, die auch Deutsche sein sollen, und der Durchführung der Versammlungs-, Rede- und Pressefreiheit noch nicht nachgekommen. In politischen Kreisen wird darauf hingewiesen, daß Litauen seine Verpflichtungen nicht nur gegenüber Deutschland, sondern auch gegenüber dem Bitterbund eingegangen ist. Man erwartet, daß auch der Bitterbund bei Litauen auf die Einhaltung der eingegangenen Verpflichtungen dringen wird.

Nabezu 300 000 stellenlose Angehefte

Gegenwärtig sind im Reichsgebiet 270.000 Angehefte als stellenlos gemeldet. Ihre Zahl ist in der gleichen Zeit um 10 Prozent gestiegen, als die allgemeine Arbeitslosenziffer mindestens um 25 Prozent sank. Hierin zeigt sich die Sonderlage des Arbeitsmarktes der Angeheften, der nicht nur der Entwicklung der allgemeinen Konjunktur unterliegt, sondern auch mit starken Änderungen des Wirtschaftsprozesses — Konzernierung, Marktanteile, Vereinfachung der Betriebsverwaltung — zusammenhängt. Ueber den 270.000 amtlich erfaßten Stellenlosen müssen weitere 20.000 gerechnet werden, die sich nicht als arbeitslos gemeldet haben. Unterstützt werden von der Arbeitslosenversicherung rund 170.000 stellenlose Angehefte. Die Zahl der Ausgesteuerten, die den Unterstützungsanspruch erschöpft haben, muß also auf über 100.000 geschätzt werden. Die Zahl der Ausgesteuerten ist in keinem Verhältnisse so groß wie bei den Angestellten. Sie erklärt sich aus der langen Dauer der Arbeitslosigkeit der Angeheften, die nach mehr als 1 1/2-jähriger Arbeitslosigkeit keine Unterstützung von der Reichsanstalt mehr erhalten.

Eine weitere Kriegsurkunde

Paul-Boncour über das Abrüstungsproblem.

Paris, 8. Oktober.

Der sozialistische Abg. Paul-Boncour schreibt zum Stand der Abrüstungsfrage nach den Verhandlungen im Bitterbund, die gegenwärtige Lage lasse sich dahin kennzeichnen, daß es außer dem Locarnovertrag, der zwar viel bedeute, aber nicht genüge, keine internationale Sicherheit gebe. Das Bitterbündnisstatut sei völlig durchlöcherig. Jedemal, wenn man wegen der Abrüstung, die doch in einem diplomatischen Schriftstück schwarz auf weiß festgelegt sei, vorstellig werde, erhalte man die Antwort: Kommt ein anderes Mal wieder!

Es gebe auch kein Abkommen über die Einstellung der Rüstungen. Wohin das führe? Zum Kriege!

Es wäre also ebenso lächerlich zu leugnen, daß das Welt- und Krieges führe, wie zu behaupten, daß die entworfenen Rationen ohne Schächer und ohne Kontrolle einmütig blößen würden wie die kleinen Kämmen.

Auf französischer Seite lehne man seit der wichtigen Herabsetzung der Militärdienstzeit auf ein Jahr jede weitere Verminderung der Rüstungen ab, bis Frankreich über neue internationale Sicherheitsgarantien verfüge, ähnlich denen, die in dem Genfer Protokoll von 1924 vorgesehen gewesen seien, oder gar noch über bessere.

Weshalb unterbreite man nicht einer schnellig einzuberufenden Konferenz beide Pläne, nämlich einen Plan zur ernstlichen Verminderung der Rüstungen und einen Plan zur wirksamen Organisierung der internationalen Sicherheit?

Neue Provokationen Dr. Bagas

Prag, 8. Oktober.

Welch eindeutige Rolle der Prager Bürgermeister Dr. Baga in den deutschfeindlichen Kundgebungen und Ausschreitungen gespielt hat, ergab sich aus einer Bemerkung, die er am Montag in der Prager Stadtratsitzung tat. Von Seiten deutscher Stadtvordemter wurde u. a. die Aufhebung des Stadtratsbeschlusses, der die Kundgebungen gegen die Deutschen gut heißt, sowie ferner verlangt, daß Dr. Baga beauftragt würde, seine Angriffe gegen die deutsche Minderheit aufzugeben. Am Schluß der Aussprache erklärte Dr. Baga mündlich:

„Ich kann in Prag nicht zulassen, daß für die deutschen „Provokationen“ (!) unsere tschechische Polizei gegen tschechische Manifestanten auf die Straße geschickt wird.“

Ich habe das getan, was jeder andere Bürgermeister auch getan hätte. Ich habe es getan in Uebereinstimmung mit der ganzen tschechischen Bevölkerung, und ich bin überzeugt, daß alle Mitglieder des Stadtrates und der Stadtverwaltung mit mir übereinstimmen.“

Hoover gegen Arbeitslosenunterstützung

Boston, 8. Oktober.

Präsident Hoover sprach sich hier vor Wirtschaftlern und Wissenschaftlern über die soziale und wirtschaftliche Struktur Amerikas dahin aus, daß der amerikanische Gedanke einer stetigen Erneuerung der Industrie durch wissenschaftliche Forschung und durch Erfindungen sowie durch Herabsetzung der Produktionskosten erzielten Ersparnisse zwischen Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Verbraucher aufzuteilen. Er denke, daß dadurch Amerika auf dem Wege der Lebenssicherheit, der besseren Lebensbedingungen und der kürzeren Arbeitszeit schneller vorwärtschreite als die Länder, die alten Idealen nachgingen und sich des veralteten Systems der Arbeitslosenunterstützungen bedienten.

Von gestern bis heute

Der Dank des Reichspräsidenten.

Der Reichspräsident gibt bekannt: Auch in diesem Jahre sind mir aus allen Teilen des Reiches sowie von Deutschen aus dem Auslande zahllose Glückwünsche zu meinem Geburtstag zugegangen, die meinem alten Herzen aufrichtig wohlgefallen haben. Da mir eine Einzelbeantwortung unmöglich ist, bitte ich alle, die meiner freundlich gedachten haben, auf diesem Wege meinen herzlichsten Dank entgegenzunehmen!

Ablehnung des Wohnungsprogramms.

Auf Einladung des Bundes Deutscher Mietervereine e. V. (Sitz Dresden) fand in Berlin eine Besprechung mit Vertretern der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen der Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände statt. Gegenstand der Besprechung bildete das Programm der Reichsregierung zur Neuordnung der Wohnungswirtschaft. Dieses Programm wurde einstimmig abgelehnt. Weitere Maßnahmen hat man sich vorbehalten.

Kongress der Internationalen Messen.

Im Stadtverordnetensaal des Rosener Rathhaus wurde der Kongress der Internationalen Messen eröffnet, auf dem Deutschland, Frankreich, Belgien, Italien, Ungarn, Jugoslawien, Desterreich, Polen, England und die Tschechoslowakei vertreten sind. Zum Präsidenten des Kongresses wurde durch Jurem Dr. Brumer-Weipzig gewählt.

Frankreichs Handelsminister Flandin in Prag.

Der französische Handelsminister Flandin ist in Begleitung seiner Gemahlin und seiner Tochter in Prag eingetroffen. Er wird mit dem tschechischen Handelsminister Dr. Matušík verschiedene wirtschafts- und handelspolitische Besprechungen haben.

Briand soll vor dem Kammer-Außenauschuß erscheinen.

Der Abg. Guernut (Unabhängige Linke) hat den Vorsitzenden des Kammerauschusses für Auswärtige Angelegenheiten, Paul-Boncour, davon in Kenntnis gesetzt, daß er beantragen werde, den Außenminister Briand aufzufordern, vor dem Ausschuss zu erscheinen. Während der parlamentarischen Ferien seien gewisse Ereignisse in Frankreich und im Auslande zu verzeichnen gewesen, die sehr wohl für den Ausschuss einen Anlaß bilden könnten, ein Gespräch des Außenministers über die internationale Lage entgegenzunehmen.

Mihalache der Nachfolger Manius?

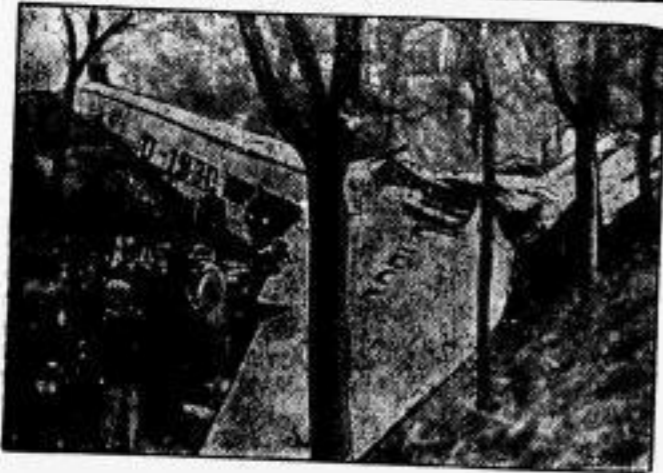
Der König empfing den bisherigen Landwirtschaftsminister Mihalache und den bisherigen Justizminister Junian. Abends fand eine Besprechung der Führer der Nationalen Bauernpartei statt. Mihalache berichtete über seine Audienz beim König und seine Bemühungen, ihn zur Annahme seiner Demission zu bewegen. Mihalache erklärte sich bereit, die Bildung des neuen Kabinetts zu übernehmen, falls ihm der König den Auftrag erteile. Alle Führer der Partei versicherten ihn ihrer vorbehaltlosen Unterstützung.

Die türkisch-russischen Besprechungen beendet.

Der türkische Außenminister Tewfik Rüşdi Bey hat an Bord des Motorschiffes „Adjaristan“ Sowjetrußland verlassen, um über Stambul nach Ankara zurückzukehren. Dieser Besuch ist bekanntlich in London stark beachtet worden.

Belegschaftsverminderung bei Krupp

Die Firma Krupp hat dem Regierungspräsidenten die Notwendigkeit der Entlassung von etwa 2500 Arbeitern und Angestellten ihrer Essener Betriebe angezeigt. Sie erklärt, nachdem es ihr trotz der schlechten Wirtschaftslage noch möglich gewesen sei, die Belegschaft der Gußstahlfabrik in den letzten Monaten, wenn auch vielfach mit Kurzarbeit, in voller Beschäftigung zu halten, habe sich die Abfahrtskur in letzter Zeit derart verschärft, daß nunmehr auch hier weitere Entlassungen unvermeidbar geworden seien. Die Entlassungen sollen in 4 Wochen zur Ausführung kommen, falls bis dahin keine Besserung im Auftragsgang eingetreten ist.



Der Flugzeugabsturz bei Dresden.

Wie berichtet, stürzte das Verkehrsflugzeug „D. 1930“ der Deutschen Luft Hansa bei Dresden-Hellerou ab und wurde vollständig zerstört. Sämtliche Insassen, der Pilot Busi, ein Monteur und 6 Passagiere kamen dabei ums Leben.

Sächsisches

Pirna. Opfer des Bruderkrieges. Im hiesigen Krankenhaus verstarb der Bäcker Herrmann aus Dresden, der, wie gemeldet, in Langhennersdorf während einer Auseinandersetzung von seinem jüngeren Bruder durch Revolverkugeln schwer verletzt worden war.

Radebeul. Selbstmord eines Lehrers. Der Lehrer Franzlischky aus Radebeul ließ sich in der Nähe des Sportplatzes von einem Eisenbahnzug überfahren. Er war sofort tot. Der Grund dazu soll in einem unheilbaren Leiden liegen.

Leisnig. Tödlicher Motorradunfall. Auf der Heimfahrt von der Singstunde ist der Schreiberlehrer Frigische auf der Staatsstraße Rügeln-Weisnig in Neufornzig dicht vor der Kurve am Kammföhr Weg, mit dem Motorrad gestürzt. Er erlitt dabei schwere Schädelverletzungen. Er wurde in die Rügeln Krankenhaus gebracht, an deren Folgen er im Rügeln Krankenhaus gestorben ist. Eine Dame, die der Verunglückten aus Gefälligkeit auf dem Sozius mitgenommen hatte, kam mit einer leichten Gehirnerschütterung davon. Wahrscheinlich ist Frigische zu weit links gefahren und auf der dort frisch geschütteten Straße ins Schleudern gekommen. Der Verunglückte stand im 27. Lebensjahre und war seit Anfang dieses Jahres verheiratet.

Leipzig. Oberbürgermeister Dr. Goerdeler nahm am Dienstag Gelegenheit, vor Vertretern der Presse über die Kreditpolitik der Stadtbank zu sprechen. Der Oberbürgermeister führte aus, daß, wenn die Stadtbank in Schwierigkeiten geraten sei, dies im wesentlichen auf die nicht voraussetzende wirtschaftliche Entwicklung zurückzuführen sei. Mit ihrer Kreditpolitik habe sie wirtschaftlich wichtige Unternehmungen durchgehalten und damit im Ergebnis Arbeitsplätze zur Abwehr und Verminderung von Erwerbslosigkeit betrieben. Zweifellos habe die Bank dabei eine zu starke Entwicklung zu einer Großkreditpolitik genommen. Die Verluste hätten sich in den ersten Jahren nach der Inflation auch durchaus im üblichen Rahmen gehalten und aus den Reserven der Bank abgedeckt werden können. In den Jahren 1924 bis 1928 habe die Stadtbank jährlich Gewinne erzielt, die sich zwischen 120 000 und 450 000 RM bewegten. Erst das Jahr 1929 habe die katastrophale Entwicklung gebracht. Nach dem Bericht der Treuhändergesellschaft sei bei 50 Kreditnehmern ein Verlust von insgesamt 10,5 Millionen RM möglich. Wesentlich seien davon 12 Fälle, in denen die Treuhändergesellschaft mit möglichen Verlusten in Höhe von 3,5 Millionen RM rechnet. Diese Kredite seien naturgemäß nach und nach zu dieser Höhe angewachsen und gemährt worden, um die Betriebe durchzuhalten, um die bis dahin gewährten Kredite nicht in Verlust geraten zu lassen. Wahre hoch die Verluste sich wirklich stellen werden, sei noch in keiner Weise zu übersehen. Bisher sei nur ein Bruchteil der Kredite wirklich verloren. Die anderen Kreditgeschäfte schwebten noch und würden von der neuen Stadt- und Girobank weitergeführt. Jeder einzelne Kreditfall, in dem die Stadt eigene Verluste erleide, und jede Betätigung der amtlichen Organe der Stadtbank werde reiflich aufklärt werden, und zwar auch auf Wunsch der Refraktionsauschuß werden, und in vollem Einverständnis mit ihnen. Nach Möglichkeit sei in den Sitzungen der Stadt- und Girobank Vorsorge gegen eine Wiederholung dieser Fehler getroffen worden. Namentlich seien auch die Direktorenposten mit aus der Verwaltung kommenden Herren besetzt worden. Mit etwa eintretenden Verlusten aus den Kreditgeschäften der Stadtbank, soweit sich diese Verluste nicht aus den anteilmäßigen Erträgen je den lassen, werde das Konto der Stadtbank bei der Stadt- und Girobank belastet werden. Sie seien mit Reichsbankdiskont zu verzinsen und in zehn Jahren abzutragen. Das Ziel müsse dabei sein, die etwa erforderlich werdenden Mittel nicht aus dem Haushalt zu nehmen, der damit mit einem unerträglichen Risiko belastet würde. Daher sei in Aussicht genommen, für diesen Fall das freie Vermögen der Stadt das 478 Millionen RM betragende, vorübergehend in Anspruch zu nehmen und diese Vorkasse aus Abschreibungen und Gewinnen wieder abzudecken. Das Vermögen der Stadt solle also keine Verminderung erfahren, und die Verluste sollen aus dem Apparat selbst wieder herausgewirtschaftet werden, der sie verursacht habe. Ueber den Weg hierfür schweben noch Verhandlungen. Die Abwicklung der möglicherweise noch Verlust bringenden Kreditgeschäfte werde sich jedenfalls noch über Jahre hinausziehen.

Bautzen. Das auf dem Fluge von Breslau nach Halle befindliche Verkehrs- und Postflugzeug D 338 von der Deutschen Luft Hansa mußte am Montagmittag infolge eines Triebwerkschadens in der Nähe von Lützen notlanden. Dabei wurden Fahrgeleit und Propeller derartig beschädigt, daß ein Weiterflug unmöglich war. Die Insassen, der Pilot und sein Begleiter, kamen unverletzt davon. Das Flugzeug wird an Ort und Stelle durch Monteure der Luft Hansa in Ordnung gebracht.

Crimmitschau. Die hiesigen Gastwirte haben beschloffen, vorläufig die erhöhte Steuer nicht auf die Getränke umzulegen, so daß der bisherige Bierpreis bestehen bleibt. Auch die Wirte, die die Preise bereits erhöht hatten werden die alten Preise wieder einführen.

Plauen i. B. Aus dem Fenster gestürzt. Eine 28 Jahre alte Kontoristin ist nachts drei Meter hoch aus dem Fenster ihres Schlafzimmers gestürzt. Sie wurde in schwerverletztem Zustande auf dem Bürgersteig aufgefunden und ins Krankenhaus gebracht. Das Mädchen war fröhlich und hat offenbart, als es in der Nacht frische Luft holen wollte, das Liebergebirge gesehen.

Reichenbach i. B. Tragischer Unglücksfall. Der Straßenmeister Grabner, der im benachbarten Rottschau von einem Lastwagen überfahren worden war, ist im Reichenbacher Krankenhaus seinen schweren Verletzungen erlegen. Seine 75jährige Mutter, die schon längere Zeit krank war, ist, als sie von dem Unglück ihres Sohnes unterrichtet wurde, vor Schreck gestorben.

Zinsenkürzung sächsischer staatlicher Anstalten

Die Landesrentenbank und die Sächsische Landespfandbriefanstalt sind zur Ausgabe 7prozentiger Pfandbriefe übergegangen und dadurch in der Lage, bei künftigen Anleihen günstigere Verzinsungsbedingungen als bisher zu angeben. Auch die Staatliche Altersrentenbank, deren Mitte zur Ausleihung allerdings jetzt beschränkt ist, hat den Zins für erstellte hypothekarische Ausleihungen im allgemeinen um 0,5 v. H. gesenkt. Durch diese Maßnahmen wollen die genannten staatlichen Anstalten dazu beitragen, den für langfristige Kapitalanlagen im Verhältnis zu dem Zinsfuß für kurzfristige Anlagen noch immer zu hohen Zinsfuß zu senken.

Der Schriftleiter der „Leipziger Volkszeitung“ verurteilt

Der verantwortliche Schriftleiter der „Leipziger Volkszeitung“, Herbert K., hat sich wegen öffentlicher Beleidigung und Pressevergehens vor dem Amtsgericht Leipzig zu verantworten. In einem Artikel des genannten Blattes war ein Steuerbeamter und Steuerberater aus Döbeln der Steuerhinterziehung bezichtigt worden. Da es den Angeklagten nicht gelang, den Beweis zu erbringen, verurteilte das Gericht Herbert wegen öffentlicher Beleidigung und Pressevergehens zu 30 RM Geldstrafe.

Zum Dresdner Flugzeugunglück

Untersuchung abgeschlossen

Dresden. Ueber die Befragung der Flugzeugkatastrophe wurde noch keine endgültige Bestimmung getroffen. Nur soviel steht fest, daß die Ursache des verunglückten Fräulein Blümel nach Schwebelöh in Schlesien und die des Herrn Blawell wahrscheinlich nach Hamburg und von dort nach England übergeführt werden.

Die Untersuchung über die Ursache des Unglücks ist abgeschlossen. Die Mitglieder der Berliner Untersuchungskommission sind nach Berlin zurückgekehrt.

Die Untersuchungen sollen ergeben haben, daß sich die Ursache des Unglücks kaum jemals mit Sicherheit aufklären lassen wird. Anhaltspunkte für irgendwelchen Mangel an der Maschine, deren Schwanzende gänzlich unversehrt blieb, und deren Tragflächen noch zum großen Teil erhalten blieben, ließen sich jedenfalls nicht feststellen. Es kann daher angenommen werden, daß eine starke Überlastung des Abstriches bewirkt. Derartige Vorfälle kommen im allgemeinen im Eibetal bei Dresden vor, so daß auch mit einer Verlegung des Flughafens nichts gebessert wäre.

Der Absturz des Flugzeuges soll keinesfalls auf technische Fehler hinsichtlich der Konstruktion des Materials, der Werkstoffausführung usw. zurückzuführen sein. Nach den Zeugenaussagen und dem Bruchzustand muß man annehmen, daß der Pilot Busi mit Rücksicht auf die Platzverhältnisse in Dresden und das große Schwebvermögen seines Flugzeuges möglichst mit geringer Geschwindigkeit landen wollte. Während der Beschleunigung der Kurve in der Luft, die an der Grenze der zulässigen Mindestgeschwindigkeit gelegen haben dürfte, und begünstigt durch die ungewöhnlich starken vertikalen und horizontalen Böen ist das Flugzeug wohl in eine ungewollte seitliche Drehbewegung geraten. Kenner der Luftwirbelbewegungen des Dresdner Flugplatzes wissen, daß die Luftwirbelbewegungen durch die Anlage noch verstärkt werden. Da das Flugzeug im Augenblick der Katastrophe nur in einer Höhe von etwa 400 Metern flog, ist es dem Führer offenbar nicht mehr gelungen, das Verdrillen des Flugzeuges wieder aufzulösen und dem Gleitflug normal zu beenden.

Das Berliner Tageblatt macht den Vorschlag, die Frage zu ventilieren, ob nicht prinzipiell sämtliche neuen Flugzeuge zuerst im Frachtenverkehr verwendet werden sollten, bevor man ihnen Passagiere anvertraut. Das Blatt teilt dazu mit, daß die Maschine, die bei Dresden verunglückte,



Die Beisetzung Andre's.

Unter großen Feierlichkeiten fand in Stockholm die Beisetzung Andre's und seiner Begleiter Strindberg und Fränkel statt, deren Leichen bekanntlich nach 33 Jahren in der Arktis aufgefunden wurden. U. B. z. der Trauerzug mit den Särgen der Nordpolforscher Andre, Strindberg und Fränkel bewegt sich durch Norrbro, Stockholm.



Die Katastrophe des „R. 101“.

Die mit Blumen bedeckten Särge der ersten Gehorgenen. Vorn die Särge des Luftfahrtministers Lord Thomson und des Chefs der zivilen Luftfahrt, Sir C. J. Bonner.

erst am vergangenen Sonnabend von der Luftkassa übernommen worden sei und daß die Luftreise Dresden—Brag—Wien somit ihren ersten Verkehrsflug darstellte. Bei der Übernahme soll, dem Blatt zufolge, der mit dem Einfliegen betraute Pilot, nachdem er mehrere Probeflüge absolviert hatte, erklärt haben, der Motor arbeite außerordentlich hart und offenbar passe der Propeller nicht zu dem Flugzeug. Vor allem habe das Flugzeug in diesem Zustande während des Fluges derartige Erschütterungen auszuhalten, daß es unbedingt notwendig sei, gewisse Änderungen vorzunehmen.

Merkei Neuigkeiten

Der 15-Staatenflug der „G. 38“. Die in Bukarest gelandete Junkers „G. 38“ erregte das größte Interesse der gesamten Bevölkerung der rumänischen Hauptstadt. Am Nachmittag wurden zahlreiche Rundflüge ausgeführt, an denen u. a. die Königin, der Kronprinz Michael, der Kriegsminister, der deutsche Gesandte und andere diplomatische Vertreter teilnahmen. Der Weiterflug der Maschine erfolgte in Richtung Konstanza nach Stambul.

Der erste Schnee im Schwarzwald. Der stetige Temperaturrückgang der letzten Tage hat in den Höhen über 1000 Meter im Schwarzwald zum ersten Male Temperaturen unter Null gebracht. Auf dem Feldberg hielt sich die Temperatur um den Nullpunkt herum. Die Niederschläge fielen erstmals als Schnee und schufen eine geschlossene Schneedecke von etwa 10 Zentimetern, die infolge der Verwehung an manchen Stellen stärker ist. Das stürmische Wetter der letzten Tage hält unvermindert an.

1000 Hühner verbrannt. In der Hühnerfarm von Liebau bei Strehlitz brach Feuer aus, das zwei große Hühnerställe völlig einäscherte. Etwa 1000 Hühner sind in den Flammen umgekommen.

Raubüberfall auf die Gattin des Bürgermeisters von Chicago. Als Frau Thompson, die Gattin des Bürgermeisters von Chicago, von einer Automobilschleife nach Hause zurückkehrte, wurde sie von drei Männern, die den sie begleitenden Polizeibeamten niederstießen, aller Wertgegenstände beraubt, die sie bei sich trug. Darunter befanden sich ein Ring im Wert von 10000 Dollar und andere wertvolle Schmuckstücke.

Wollswirtschaft

Berliner Effektenbörse

Die Börse hatte recht schwache Tendenz. Gegenüber dem Vortag lagen auch jetzt die Kurse etwas niedriger. Besondere Abschwächung fanden die Kunstfeldaktien. Akt gingen bis 50,50 (—3,50) zurück, stiegen später aber wieder auf 60. Bemberg konnten sich auf 70 bessern. Rennenswerte Abschlüsse hatten am Elektromarkt Chade mit 280 (—5 W.), Bergmann mit 145 (—3

GESTALTEN DER GRENZE

(9. Fortsetzung.)

Da wurde es dem Beamten schwarz vor den Augen. Wie wenn der andere ihm lautlos gefolgt war und ihn jetzt hinter einem Stamme verborgen, niederschloß für seine Widerstand? Von überallher schaltete er drohende Blicke auf sich gerichtet, sah diese wildentschlossenen Augen teuflisch funkeln, hörte das Rachen des Triumphes. Eine nie gekannte Angst kroch in ihm hoch und lähmte ihn sekundenlang die Glieder. Dann aber begann er zu laufen, so schnell ihm sein Beine trugen. Blitt auf dem bemoosten Boden aus. Ueber schlug sich. Raffte sich auf und langte schwelbend und zerhacken am Grenzstein 94 an, wo ihn Aufseher Werne schon erwartete.

Drüben am Dicht beim Grenzstein 96 huschte eine dunkle Gestalt lautlos über die Grenze und verschwand im holländischen Busch.

„Dah mir der gottverdammte Kerl gerade dann vor bei Baig laufen muß, wenn ich mit Renner abrechnen will.“

Es war Loof, der ältere.

Seht, im Bereiche seines Kollegen, fühlte sich der Beamte wieder müde genug. Nachdem er hastig den Tatbestand erzählt hatte, begannen beide vorsichtig die Nachsorge. Bergeblich. Nichts regte sich. Ruhig und friedlich lag der Forst Rot von den Bäumen tropfte es noch vereinzelt. Sonst Totenstille im Wald.

Drunten in der Ebene auf holländischer Seite brannte nahe bei Zevenaar feierlich und still ein großer Bauernhof auf hoher Wurf.

9.

Aufseher Dalberg sah im D-Zug, der von Basel kommend bei Elten soeben das Reich verließ. Zufrieden lächelnd, ließ er die schöne Gegend an sich vorüberziehen. Behaglich in die weichen Polster gestreckt, piffte er leise zum Latte der Räder und wippte mit dem Fuß.

Und — er konnte zufrieden sein. Auf Grund seiner überzeugenden Eingabe an das Landesfinanzamt hatte dieses ihn den Namen des Handelsagenten bekanntgegeben und ein Zusammenkunft mit diesem Herrn im deutschen Konsulat in Haag angeordnet. Das war unzweifelhaft ein Erfolg. Er würde ihn schon zu meistern wissen, zumal auch der Zoll direktor sich in versteckten Andeutungen über eine etwaig ehrende Verlegung zur Zollfahndungsabteilung bei genügender Eignung erging. Er, Leonhard Dalberg, würde die schon fertige bringen, davor war ihm nicht bange. Das Reuartige der Sache reizte ihn.

Kurz vor Abfahrt in Zevenaar bestieg noch ein anderer den Zug, machte ein triumphierendes Gesicht, als er den Beamten in Zivil am Fenster erkannte und ging einig Wagen nach hinten in die dritte Klasse. Dort warf sich Loof der ältere, auf die Bank eines leeren Abteils und starrte w

(Markt). Am Montanmarkt erfolgten ebenso demontable Abschlüsse, Köln-Neuesen ging bis 77,75 (—2,75) zurück. Der Markt lag sehr still. Salzdetfurth ging bis 280,00 (—5) zurück. Schiffahrtswerte waren einen Punkt niedriger.

Am Geldmarkt war Tagesgeld ziemlich leicht (4—6 Prozent, zum Teil auch 3,75 Prozent). Monatsgeld wurde mit 4—6 Prozent genannt, bankgirierte Warenwechsel etwa 4 Prozent.

Am Devisenmarkt wurden der Dollar mit 4,408 und das englische Pfund mit 20,40 gehandelt.

Berliner Produktenbörse

Auslandsnotierungen waren wenig verändert und stetig. Die Inlandspreise waren infolge Kaufs auf gestriger Preisbaste widerstandsfähig, teilweise sogar leicht erhöht. Das Mehlgeschäft stockte wieder, Hafer in guter Ware gefragt. Gerste lag still.

Notierungen:

Weizen ab m. Stat.	Roggenkleie fr. Berlin
226—228	7,25—7,50
Roggen do. 151—152	Weizen-Melasse
Bräugerle do. 180—215	Raps
Futter- u. Ind.-Gerste do.	Reis
Hafer do. 167—180	Wicklererbsen
Rais loco Berlin 146—159	II. Speiserbsen
Waggr. Hbg.	Futtererbsen
Weizenmehl p. 100	Beluschten
Rilo fr. Berlin	Ackerbohnen
br. infk. Sad	Widen
(feinste Marke üb. Roggen)	Lupinen, blaue
27,00—35,25	Lupinen, gelbe
Roggenmehl p. 100	Serradella, neu
Rilo fr. Berlin	Rapskuchen, 38%
br. infk. Sad	Leintuchsen, 37%
23,75—27,00	Trockenschmelze
Weizenkleie fr. Berlin	Soya-Schrot, 45%
7,90—8,00	Kartoffelstroh

Preussische Ernteschätzung

Vorausgeschätzte Ernteerträge besser als im Vorjahr.

Hinreichende Niederschläge im August und September haben das Wachstum der Hackfrüchte außerordentlich begünstigt. Es ergibt sich auf Grund der Vorschätzungen der amtlichen Berichterstattung für die Spätkartoffeln im Staatsdurchschnitt ein Hektarertrag von 169,2 Doppelzentner gegenüber einem Hektarertrag von 144,0 Doppelzentner im Jahre 1929. Trotz der verringerten Anbaufläche ist demnach mit einem um 15,7 v. H. höheren Gesamterntergebnis (28,4 Millionen Tonnen) gegenüber dem Vorjahre (24,5 Millionen Tonnen) zu rechnen. Der Hektarertrag der Zuckerrüben wird auf 285,3 Doppelzentner im Jahre 1929 geschätzt. Der Gesamterntertrag (10,3 Millionen Tonnen) liegt um 22,1 v. H. höher als im Vorjahr (8,5 Millionen Tonnen). Bei den Futterrüben wird mit einem Hektarertrag von 105,7 Doppelzentner gegenüber einem Ertrag von 85,2 Doppelzentner im Vorjahr gerechnet. Der Gesamterntertrag (15,2 Millionen Tonnen) dürfte um 16,7 v. H. größer sein als im vergangenen Jahre (13,0 Millionen Tonnen). Infolge der höher geschätzten Hektarerträge gegenüber dem Hektarertrag des vergangenen Jahres wird bei den Klüßchen (Wurken) mit einem Gesamterntergebnis

abwesend in die entleerte Gegend. Dunkle Pläne waren es die sich hinter seiner verbrecherischen Stirne wälzten.

Nach vor einer halben Stunde hatte am Emmericher Bahnhof ein Rennauto gestanden, das kurz nachdem Dalberg der Zug bestiegen hatte und auch tatsächlich abgefahren war, in einem geradezu wahnwitzigen Tempo die Straße nach Elter entlang jagte. Am Fuße des Berges bei der Bootstatio nahm es den dort wartenden Loof auf und raste ohne zu stoppen über die Grenze. Der holländische Grenzposten schielte verständigt, denn er winkte ab, als der heranbrausende Wagen die Fahrt verminderte.

In Arnheim stieg eine junge, sehr hübsche Dame in den Zug, ging wie zufällig an dem Abteil, in dem Aufseher Dalberg saß, vorbei, kam zurück und nahm ihm gegenüber mit knappen Gruß Platz. Nach kurzer Zeit schon waren beide in ein anregendes Gespräch vertieft.

Loof, der sie auf dem Bahnsteig erwartete, hatte ihr unaufrichtig den Beamten und das Rupee gezeigt und ging, als er sah, daß alles programmäßig abließ, wieder nach hinten. Dalberg war von der charmanten Niederländerin, die übrigens ein fließendes Deutsch sprach, entzückt und vergaß darüber beinahe seine eigentliche Mission. Es fiel ihm aus weiter nicht auf, als kurz darauf in Utrecht noch eine Dame zutieg und nach knappem, mürrischem Gruß sich in die Stühle eines Buches vertiefte. Nur zuweilen traf er kurzer, prüfender Blick die beiden, die, um ungestört zu sein, bald in den Speisewagen überwechselten. Die Unterhaltung wurde immer anregender und schon winkten die Zinnen des Haag, als Aufseher Dalberg der jungen, sehr hübschen Dame versprach, sie im Hotel Central zur Teestunde aufzusuchen, wenn seine Mission ihm für den nächsten Tag genügend Freiheit gewähren würde. Der Zug hielt.

Die zuletzt in Utrecht zugestiegene Dame, die bei Verlassen des Zuges den beiden dicht auf den Fersen blieb, sah, wie das Mädchen an der Sperre dem Bediensteten des Hotels ihre Koffer gab und ging auf einen baumlangen Schutzmann zu der auf dem sperrelosen Bahnsteig I gemächlich hin- und her pendelte.

„Gestatten, mein Herr, würden Sie unauffällig feststellen können, ob die Dame, die dort in das Taxi steigt auch sofort zum Central-Hotel fährt?“

Der Beamte blickte erstaunt, sah dann die Marke in der offenen Hand und verstand. Er nickte grüßend und verschwand im Bachtlokal des Stationsgebäudes. Ram wieder „Ja — da müssen Sie Linie zwölf nehmen, fahren damit bis Ende Meerfelderslaan, dann ist es gleich rechts die zweite Querstraße. Aber am besten ist, Sie nehmen ein Taxi.“

Er hielt ihr dabei einen dickleibigen Baedeker hin und zwinkerte mit den Augen. Die Dame dankte, drückte ihm ein Geldstück in die Hand und ging auf den Vorplatz.

Aufseher Dalberg verabschiedete sich noch einmal umständlich von seiner schönen Mitreisenden und bestieg ein Auto um zum deutschen Konsulat zu gelangen. Er ahnte nicht daß in knapp vierzig Meter Abstand die Utrechtse Dame in einem anderen Wagen unauffällig seinem Gefährt folgte. Ebenjowenig hatte er gesehen, wie eine Motorradreife der Haager Polizei auf einen besonderen Wink der Dame seine schönen Mitreisenden auf dieselbe Weise nachfuhr. Dalberg hatte nur Interesse für das mannigfache Leben der nieder

gerechnet, das um 13,4 v. H. über dem vorjährigen 1929. Die Mohrrübenenernte wird um 12,9 v. H. höher, die Weizenenernte um 14,4 v. H. höher, die Getreideenernte um 13,9 v. H. höher eingeschätzt als die endgültige Ernte des Jahres 1929.

9. Oktober

Sonnenaufgang 6.12 Sonnenuntergang 17.23
Mondaufgang 17.50 Monduntergang 8.01

1477: Gründung der Universität Tübingen. — 1844: Der Architekt Friedrich Schinkel in Berlin gest. — 1900: Juppelins Luftschiff steigt zu seiner ersten größeren Fahrt auf.



Rundfunkprogramm für Donnerstag, den 9. Oktober:

Leipzig-Dresden:
12.00 Schallplattenkonzert; 14.30 Geschichten- und Lieberstunde für die Jugend; 16.00 Dr. Curt Elwenpoo-Stuttgarter; 18.00 Dr. Valerian Handzel-Dresden: „Pflanzliche Störungen des Kindesalters“; 18.25 Spanisch; 18.45 Steuerkundfunk; 19.00 Fritz Heller-Leipzig: „Von der Psychologie des jugendlichen Erwerbslosen“; 19.30 La Campana singt; 20.25 Amerika gegen Versailles; 21.05 „Schinderhannes“, ein Hörspiel von Curt Elwenpoo; 22.20 Zeitangabe, Wettervorhersage, Pressebericht und Sportfunk; — Frankfurt.

Berlin — Stettin — Magdeburg.

6.30: Funk-Gymnastik. — Anschließend bis 8.15: Frühkonzert. — 12.30: Die Viertelstunde für den Landwirt. — 14.00: Im Dreiviertelstakt (Schallplattenkonzert). — 15.20: Das Herz der Zeit. — 15.40: Rundfunk — ein Heilmittel? — 16.05: Die Geldwährung in Europa. — 16.30: Unterhaltungsmusik. — 17.30: Jugendstunde. — 18.00: Peter Dörfler. — 18.20: Mißbrauch der Publizistik. — 18.45: Mandolinensorchester-Konzert. — 19.40: Programm der Aktuellen Abteilung. — 20.00: Sinfoniekonzert. Dirigent: Generalmusikdirektor Dr. Karl Rud. — 22.15: Wetter-, Tages- und Sportnachrichten. — Danach bis 0.30: Tanzmusik (Kapelle Otto Kernbach).

Königs-Wusterhausen.

5.45: Zeitangabe. — 6.30: Funk-Gymnastik. — 6.55: Wetterbericht. — 7.00: Frühkonzert. — 10.35: Mitteilungen des Verbandes der Preussischen Landgemeinden. — 12.00: Schallplattenkonzert. — 12.25: Wetterbericht. — 13.30: Neueste Nachrichten. — 14.00: Schallplattenkonzert. — 14.30: Jugendstunde. — 15.30: Wetter- und Börsenbericht. — 16.45: Frauenstunde. — 16.00: Pädagogischer Funk. — 16.30: Von Berlin: Nachmittagskonzert. — 17.30: Der Blumengarten im Oktober. — 18.00: Charakter und Schicksal. — 18.30: Hochschulfunk. — 19.00: Aus der Praxis des Arbeitsrechts. — 19.30: Stunde des Landwirts. — 19.55: Wetterbericht. — 20.00: Aus der Willharmonie: Sinfoniekonzert. Hamburger Willharmonisches Orchester. Dirigent: Generalmusikdirektor Dr. Karl Rud. — 22.15: Wetter-, Tages- und Sportnachrichten. — Danach bis 0.30: Tanzmusik (Kapelle Otto Kernbach).

ländischen Hauptstadt, das ihn als Fremden ungemein fesselte. Er war daher erstaunt und gleichzeitig enttäuscht, als der Wagen mit einem Ruck hielt und der Chauffeur ihm begreiflich machte, daß er am deutschen Konsulat angelangt sei. Da der Wagen seiner Verfolgerin fuhr vorbei, drehte an der nächsten Straßenecke und fuhr zum Hotel Central zurück. Das hatte sie mit dem ersten Direktor eine eingehende Unterhaltung.

„Herr Direktor, hat sich diese Dame bei Ihnen eingetragen?“ Sie hielt ihm eine Visitenkarte hin, die sie im Zuge in der Manteltasche des Mädchens gefunden und aufmerksam studiert hatte.

„Moment bitte!“

Er verband sich mit dem Vorher.

„Zimmer 49?“ — „So, lüch gerade?“ — „Rein, nicht nötig — dank!“

„Darf ich mir das Zimmer einmal ansehen?“

Der Direktor wurde mißtrauisch.

„Ich verstehe nicht recht —“

Wieder öffnete die Dame die Hand. Die Augen des Herrn weiteten sich. Seine Hand griff hastig nach dem Telephon.

„Keine voreilige Handlung, Herr Direktor, die Dame ist unbescholten. Ich bin beauftragt, für ihren Schutz zu sorgen da sie noch jung ist und in geschäftlichen Dingen hier weiß.“

Wie Sie auf der Visitenkarte sehen, ist sie die Sekretärin eines Konzerns. Es liegt nicht im Interesse der Leitung, daß Sie die Dame instruiert. Also, bitte nichts unternehmen, ohne mich vorher verständigt zu haben. Hier, meine Adresse!“

Als die Beamtin nach ganz kurzer Zeit wieder von Zimmer zurückkam, bat sie den Direktor, keinerlei Veränderung auf demselben vornehmen zu lassen und ihr jede Zwischenfall sofort zu melden.

Mit vielen Büdingen geleitete sie der Direktor zum wartenden Auto.

Der deutsche Konsul empfing Dalberg herzlich und stellte ihm den Agenten, einen Herrn von de Loo vor, der bereits anwesend war. Beide Herren begrüßten sich gleichfalls herzlich, denn beide fühlten, daß sie einander sympathisch waren. Van de Loo, ein gefeilter, gemütlicher Bierziger mit guten, gewandten Umgangsformen, Dalberg, ein stammer, ehemaliger Soldat, der Typ eines rechten Beamten.

So bestand zwischen beiden Herren von vorne herein aus innerer Zuneigung eine Freundschaft, die das fernere Zusammenarbeiten leicht machte. Die nun folgende Besprechung im Beisein des Konsuls währte mehrere Stunden, wobei der Konsul und van de Loo eingehend die Tätigkeit und auch die Wichtigkeit der Handelsüberwacher klarlegten und den Zöllner an Hand von geheimen Statistiken nachwiesen welche Summen dem deutschen Volkswesen durch Schmuggel in jeder Form verloren gingen. Dalberg war nicht wenig über diese Tatsache erstaunt und leistete im Inneren Abbitte für die vielen „frommen“ Wünsche, mit denen er den Agenten im Anmut bereits bedacht hatte. Er gelobte sich, den Berichten in Zukunft mehr Bedeutung zuzumessen.

(Fortsetzung folgt.)



Eisenbahner-Schule auf Rädern

Seit wir die Zeit der Romane hinter uns haben, hat sich der Verkehr in einem Maße entwickelt, daß es aussieht, als wolle er der Menschheit über den Kopf wachsen. Besonders umfangreiche und gigantische Formen hat der Eisenbahnverkehr angenommen. Wie ein riesiges Spinnennetz nehmen sich ihre Linien auf der Landkarte aus, und tagtäglich werden neue Strecken gebaut und das Spinnennetz noch erweitert. Zu gleicher Zeit trachtet man aber auch danach, die Züge mit möglichst großer Geschwindigkeit über die Gleise zu jagen. Zeit gewinnen heißt die Lösung. Schnelligkeit ist der Weg dahin, Schnelligkeit spart Zeit.

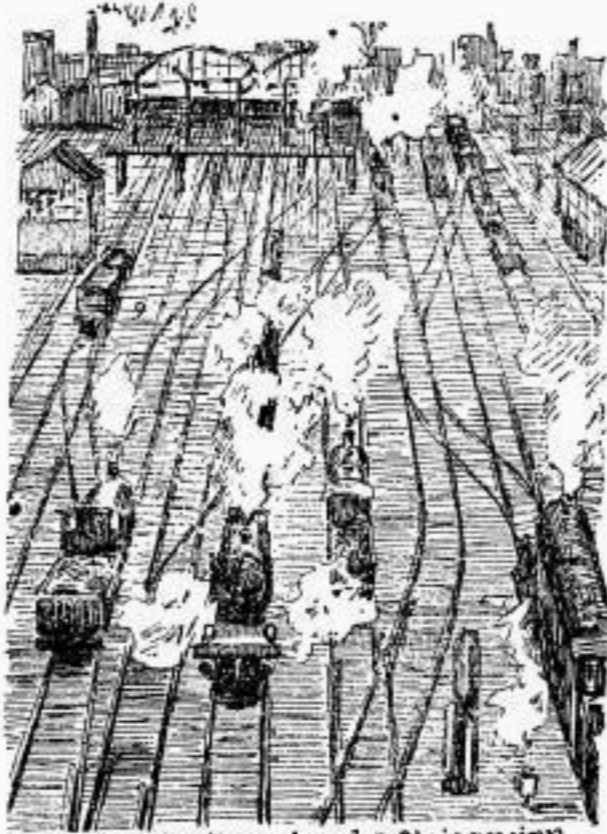
Je umfangreicher nun dieser Apparat wird, der sich Reichsbahn nennt, und je mehr und schnellere Züge verkehren, um so größer wird auch die Gefahrenquelle, um so größer werden die Momente, die Unsicherheit und Unzuverlässigkeit in den Betrieb bringen könnten. Solche Momente müssen natürlich auf das äußerste Maß zurückgebrängt werden.

Die Sicherheit muß durch ein zuverlässiges Signalwesen und durch ein gutgeschultes Personal gewährleistet sein. Der Mann auf der Maschine z. B. hat eine fast über das Menschliche hinausreichende Verantwortung zu tragen. Während der Reise behaglich in seinen Polstern sitzt oder im Speisewagen sich das Mittagessen gutschmecken läßt, steht der Mann vorn auf der dahinjagenden Maschine. Sein Auge sieht gespannt auf die Strecke hinaus. Er achtet auf die hundert Signale und Zeichen, die ihm in rasendem Tempo entgegenrollen. Hier hebt ein rotes Licht warnend seinen Finger, dort zeigt ein freundliches grünes Licht auf „freie Fahrt“. Und doch ist dieser Mann auf der Maschine nicht die Hauptperson, sondern der, der ihn durch Weichenstellung den richtigen Weg führt und ihm durch Signale Weisheit gibt, ob der Weg frei ist oder nicht — das ist der Mann im Stellwerk.

Natürlich werden diese Beamten, wie der Mann im Stellwerk und der Lokomotivführer, die solche Verantwortungsvollen Posten auszufüllen haben, äußerst gründlich auf ihren Beruf vorbereitet. Nun werden aber im Stationsdienst und im Signalwesen von Zeit zu Zeit Neuerungen getroffen. Die Beamten müssen also zu ihren Kenntnissen immer neu hinzulernen. Damit sie nun nicht ihrem Dienst entzogen werden, um auf der Eisenbahnerschule in Kirchmöser bei Brandenburg a. S. einen Kursus zu absolvieren, hat die Reichsbahn fahrende Eisenbahnerschulen eingerichtet. Mit ihnen fährt sie von Ort zu Ort und unterrichtet in diesen Wagen ihre Beamten. Die diese Wagen mit allen Unterrichtsmitteln ausgestattet sind, braucht wohl nicht erst erwähnt zu werden. Wie konzipiert es ist, in das

Schienengetriebe eines großen Bahnhofes Dräkling und System zu bringen, kann man am besten ersehen, wenn man dem Mann im Stellwerk einen Besuch abstattet. Die vier Gleise, die aus blauem Eisen auf die Stadt zu laufen, verästeln sich im Bahnhof zu einem für das Valenauge fast unübersehbaren Netz von ineinander laufenden und sich kreuzenden Schienen. Durch die Fenster des Stellwerks sehen wir hinab auf das bunte Bild. Da kommt in rasender Fahrt ein D-Zug angebraut. Die Fenster des Turmes erzittern von der Wucht der bewegten Massen. Wir verfolgen seinen Lauf. Plötzlich stockt unser Herzschlag. Ein rangierender Güterzug kommt auf einem Gleis ihm entgegengeleuchtet, das direkt in die Schnellzugsbahn einmündet. Ein unübersehbares Unglück, wenn beide an der Kreuzungsstelle aufeinanderplagen würden. Und schon ist der Schnellzug heran — und auch schon wieder weg! Es ist ihm nichts geschehen. Der Mann im Stellwerk hat durch ein „Halte“-Signal den Güterzug rechtzeitig zum Stehen gebracht. Er hat sogar noch auf das Gleis des Güterzuges einen schweren, feuerrot angestrichenen Eisenblock gelegt, der die Rangierlokomotive zur Entgleisung gebracht hätte, wenn sie trotz des warnenden Signals weitergefahren wäre.

Auf dem Bahnhof steht ein Zug, dessen Fahrt hier zu Ende ist. Er soll auf das Aufstellgleis gefahren werden; dorthin geht es nur durch ein Wirrsal von Schienen. Die Anzahl der Weichen kann ein ungeübtes

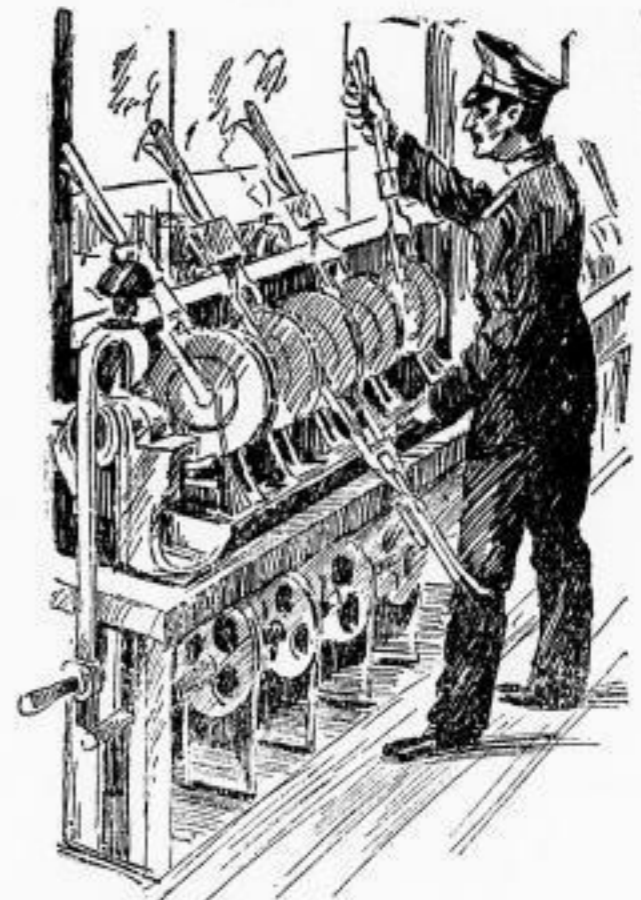


Sicher fährt der Zug durchs Gleisgewirr

Auge gar nicht übersehen. Werden die Weichen alle richtig liegen? Wird die Fahrt ohne Unfall vorstatten gehen? Ein zweiflügeliges Signal steigt hoch, und der D-Zug fährt ab. Mit größter Sicherheit rollen die Achsen über die zehn bis fünfzehn Gleise, in Anschlüsse hinein und wieder hinaus, bis der Zug glücklich das Aufstellgleis erreicht hat. Alle Weichen waren richtig gestellt. Der Mann im Stellwerk hat seine Sache gut gemacht.

Der Mann im Stellwerk hat unser Lob verdient, aber unsere Bewunderung gehört dem Stellwerk selbst. Auf unserer Abbildung ist ein Stellwerk älterer Bauart zu sehen, bei dem zum Stellen der Weichen und Signale noch mächtige Hebel anzulegen sind. Das moderne elektrische Stellwerk ist ein mehrere Meter langer grüner Kasten, aus dem eine Anzahl elektrischer Kontaktknöpfe herausgucken. Bald sind sie leuchtend gelb, bald weiß mit einem roten, bald grau mit einem blauen Strich. Ueber, unter und neben diesen Knöpfen gibt es noch ebenso viele runde und eckige Fensterchen, hinter denen abwechselnd bald schwarze, bald rote, weiße und gestreifte Scheiben erscheinen. Und in diesem mit antiken Blumen verzierten Apparat poltert und rumort es unbeschadet, auch wenn keine Knöpfe berührt werden, es knarrt und knipst und klingelt. Dieser Apparat ist die Körper gewordene Ordnung. Denn der Blockwärter kann mit seiner Hilfe Signale ziehen, Weichen umstellen und Scheiben und Laternen drehen, nur eins kann er nicht: nämlich einen Fehler machen.

Es ist z. B. ganz unmöglich, zwei Signale zu gleicher Zeit zu ziehen, die einander sich kreuzende Gleise bewachen. Das Gleis für den Schnellzug kann erst dann freigegeben werden, wenn der Güterzug auf „Halte“ gehindert und seine Weiterfahrt durch den Eisenblock gebremst wird. Das Signal für den D-Zug konnte erst dann hochgezogen werden, nachdem alle Weichen richtig liegen und alle kreuzenden Gleise ge-



Der Mann am Stellwerk.

sperrt sind. Alle auf denselben Kreuzungspunkt führenden Weichen und Signale sind voneinander in Abhängigkeit gebracht.

Die Weichen und Signale werden von einem Elektromotor angetrieben, der vom Stellwerk aus bedient wird. Nun könnte es doch vorkommen, daß der Motor mal nicht anspringt oder daß die Zunge einer Weiche nicht richtig anliegt, weil ein Fremdkörper sich dazwischen geflüchtet hat. In diesem Falle ertönt im Stellwerk eine schrille Klingel, die Weiche heult, sagt der Fachmann.

Auch zwischen den einzelnen Stationen besteht unter den Signalen eine Abhängigkeit. So kann das Ausfahrtsignal nicht gezogen werden, wenn von der nächsten Station die Strecke noch nicht freigegeben ist; wenn also ein Zug noch auf der Strecke befindet, oder sonst etwas nicht in Ordnung ist. Unter den Schienen sind stellenweise Weichenkontakte angebracht, die im nächsten Bahnhof die Geschwindigkeit und den den nächsten Zuges auf der Strecke anzeigen.

Mit allen diesen Einrichtungen, die täglich Verbesserungen erfahren, muß der Eisenbahner auf dem Laufenden erhalten bleiben. Es ist darum diese geradezu ideale Einrichtung getroffen, die die Schule den Studierenden entgegenfährt und sie ohne Verlastung unterrichtet.



Unterricht im Signalwesen



Ausbildung im Stationsdienst

2
Sa
Dipp
Deutsch
Dippold
einen P
60 Schön
Interesse
Landes
behandel
Rieja, d
Vertreter
Dresden
Auffällig
durchgeh
Standpu
Grenzen
ausführ
millionen
einsige
Wie im
licher F
erjezt w
nicht die
Den Sch
Mittellun
Veranst
fabrik M
— 3
1. Oktob
den Vor
sichen J
Handels
Handels
Herren:
Roth E
Reubau
berg, h)
Ewald
Hainden
Schulter
— 4
B + N
1/11 Uhr
Das Mo
hohen
gerissen
schwindig
bekomme
Schm
ein Schie
des We
ertrag.
107 Kin
12, 12
Bundes
zahlreich
mehrere
daß Son
tagung
bestimmt
Mit die
sein, un
„Im S
Schritt“
einer gr
Versamm
wieder n
Punkt d
das Br
klären,
Kollege
wünschte
frage“ k
und Be
verdiener
Wandel
Glas
Unterstüt
schäftliche
schäftsch
macher
mit beg
Dr. Haaf